

Der Grundstein

Offizielles Organ des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands

Verlag der

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.
Abonnementpreis pro Quartal M. 1,50 (ohne Postgebühren).
bei Zusendung unter Kreuzband M. 1,90.

Herausgeber: Joh. Staningh, verantw. Redakteur: Aug. Winnig,
beide in Hamburg.
Redaktion und Expedition: Hamburg 1, Seidenbinderhof 56.

Schluss der Redaktion: Dienstag Morgen 8 Uhr.
Vereins-Anzeigen
für die dreizehnpennige Beitzelle oder deren Raum 30 A.

Inhalt: Vertragsabschluss. — Die Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen im Jahre 1907. — Wirtschaftliche Rundschau. — Politische Umschau. — Maurerbewegung: Streiks, Aussperrungen, Wahlen, Differenzen. Die Bauwirtschaft im ersten Halbjahr 1908. Nach dem Generalstreik. Bekanntmachung des Verbandes. Bericht. — Gesellschaft. — Christliche Bauvereine. — Zentral-Krankenkasse: Mitteilung. — Aus dem Verwaltungsrat. — Vom Bau: Unfälle, Arbeiter-Tätigkeit, Subventionen etc. — Aus anderen Berufen. Generalversammlungen. — Gewerbliche Nachrichten und Arbeiter-Versicherung. — Verschiedenes. — Eingegangene Schriften. — Briefkasten. — Anzeigen. — Feuilleton: Deutschlands Talsperren.

Summe von M. 5082 221. Beteiligt an den Angriffstreiks waren 131 427 männliche und 11 517 weibliche Streikende. Es endeten erfolgreich 866 Streiks mit 51 344 Beteiligten, teilweise erfolgreich 495 Streiks mit 53 006 Beteiligten, erfolglos 270 Streiks mit 35 371 Beteiligten und unbekannt 90 Streiks mit 3223 Beteiligten.

Die von 42 Gewerkschaften geführten 863 Abwehrstreiks verursachten eine Gesamtausgabe von M. 1134 782. An diesen Streiks beteiligten waren insgesamt 30 835 männliche und 2513 weibliche Personen. Erfolgreich beendet wurden 424 Streiks mit 16 455 Beteiligten. Teilweisen Erfolg hatten 107 Streiks mit 5466 Beteiligten und erfolglos waren 284 Streiks mit 9588 Beteiligten. Von 48 Abwehrstreiks mit 1839 Beteiligten ist das Resultat unbekannt.

An Streiks unbeteiligt waren von den General-Kommissionen angeschlossenen Organisationen im vorigen Jahre folgende: Asphaltreue, Barbieri, Blumenarbeiter, Bureauangestellte, Eisenbahner, Handlungsgehilfen, Lagerhalter, Notenfischer, Photographengehilfen, Schirmmacher und Zivilmusiker.

Aussperrungen fanden im Berichtsjahre 402 statt. Die Gesamtzahl der Aussperrten beträgt 104 738, wovon 92 282 männliche und 12 456 weibliche waren. 108 Aussperrungen mit 19 227 Beteiligten waren für die Arbeiter erfolgreich, 135 Aussperrungen mit 46 196 Beteiligten waren teilweise erfolgreich, 112 Aussperrungen mit 27 553 Beteiligten hatten keinen Erfolg und 14 Aussperrungen mit 10 803 Beteiligten waren am Schlusse des Jahres nicht beendet. Von 33 Aussperrungen mit zusammen 959 Beteiligten ist das Resultat unbekannt. Von den Aussperrungen betroffen wurden folgende 37 Organisationen: Asphaltreue, Bauhilfsarbeiter, Bergarbeiter, Bildhauer, Böttcher, Brauereiarbeiter, Buchbinder, Buchdruckereihilfsarbeiter, Dachbeder, Fabrikarbeiter, Gärtner, Gemeindevorarbeiter, Glasarbeiter, Glaser, Hafenarbeiter, Handschuhmacher, Holzarbeiter, Kupfer Schmiede, Maler, Majolikisten, Maurer, Metallarbeiter, Porzellanarbeiter, Sattler, Schiffszimmerer, Schmiede, Schneider, Schuhmacher, Steinarbeiter, Steinseiler, Stuckateure, Tabakarbeiter, Tapezierer, Textilarbeiter, Töpfer, Transportarbeiter und Zimmerer.

Die Gesamtausgaben für die Aussperrungen des Jahres 1907 betrugen M. 6 147 079. Es ist dies die bisher größte Summe, welche die deutschen Gewerkschaften in einem Jahre für Aussperrungen aufzuwenden hatten. Im Jahre 1900 betrug die Jahresausgabe der Gewerkschaften für Aussperrungen M. 600 493; 1901 kosteten die Aussperrungen den Gewerkschaften nur M. 283 576 und 1902 nur M. 308 023. 1903 stiegen die Aufwendungen der Gewerkschaften für Aussperrungen auf mehr als 1 1/2 Millionen, um im Jahre 1905 die Höhe von M. 4 193 250 zu erreichen, und 1906 erforderten die Aussperrungen bereits die Summe von M. 5 315 079. Von den ungeheuren Summen, die im letzten Jahre von den Gewerkschaften für die Aussperrungen aufgewendet werden mußten, hatten die Verbände der Holzarbeiter und der Maurer allein weit über die Hälfte zu tragen. Die erstere Organisation zahlte an Kosten für Aussperrungen M. 2 802 875 und der Zentralverband der Maurer hatte für den gleichen Zweck M. 1 066 230 zu zahlen.

Ihren Zweck, die Zerkümmern der gewerkschaftlichen Organisation, haben die Unternehmer mit der Aussperrungstaktik nicht erreicht, trotz der äußerst günstigen Position, in der sie sich infolge der schlechten Konjunktur und der großen Arbeitslosigkeit befanden. Die Gewerkschaften haben sich dem Ansturm in jeder Beziehung gewachsen gezeigt. Das Resultat der Aussperrungen ist für die Arbeiter nicht ungünstiger als in den vorhergehenden Jahren. Von den 402 Aussperrungen

hatten 243 = 60 pzt. und von den Beteiligten hatten 62 pzt. vollen oder teilweisen Erfolg.

Die Erfolge der Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen.

Wie wenig gerechtfertigt es ist, die Erfolge der Gewerkschaften an den erfolgreichen oder erfolglosen Streiks ermessen zu wollen, ergibt sich mehr noch als aus den eingangs gebrachten Nachweisen aus der Gegenüberstellung der unmittelbaren Erfolge hinsichtlich der Arbeitszeitverfügung und der Lohnerhöhung infolge der Lohnbewegungen ohne Arbeits-einstellung und infolge von Streiks. Wie in den beiden vorhergehenden Jahren, weist die Statistik auch für das Jahr 1907 nach, daß der größere Teil der Arbeitszeitverfügungen und Lohnerhöhungen nicht durch Streiks, sondern ohne Arbeits-einstellung auf dem Wege des Unterhandelns mit den Unternehmern erreicht worden ist. Und trotz der anscheinend durch die Einschränkung der Produktion im verflochtenen Jahre eingetretenen Verschlechterung der Verhältnisse zwischen Arbeiter- und Unternehmerorganisation ist doch noch der Prozentsatz der friedlichen vereinbarten Verbesserungen gegenüber den durch Streiks errungenen gestiegen. Wie die folgende Tabelle ausweist, wurden von den insgesamt im Jahre 1905 erreichten 666 764 Stunden Arbeitszeitverfügung pro Woche 68 pzt. ohne Arbeits-einstellung und 32 pzt. durch Streik erreicht. 1906 wurden von insgesamt erreichten 1 227 608 Stunden Arbeitszeitverfügung pro Woche 76,2 pzt. ohne Arbeits-einstellung und 23,8 pzt. durch Streik erkämpft und von den im letzten Jahre insgesamt erzielten 885 888 Stunden Arbeitszeitverfügung pro Woche wurden 78,4 pzt. ohne Arbeits-einstellung erreicht und nur 21,6 pzt. durch Streik erkämpft.

In derselben Weise ist auch der Prozentsatz der ohne Arbeits-einstellung errungenen Lohnerhöhung gestiegen. Im Jahre 1905 wurden von der gesamten Lohnerhöhung 68,5 pzt. durch Unterhandlungen und ohne Arbeits-einstellung und 31,5 pzt. durch Streik herbeigeführt. Im Jahre 1906 betrug der Prozentsatz der ohne Arbeits-einstellung erreichten Lohnerhöhung 70,3 und der mittels Streik erkämpften 29,7, und im Jahre 1907 wurden nur 25,4 pzt. der Lohnerhöhung durch Arbeits-einstellung erkämpft, während 74,6 pzt. ohne Arbeits-einstellung herbeigeführt worden sind.

Jahr	Arbeitszeitverfügung wurde erreicht				Arbeitszeitverfügung in Prozenten			
	ohne Arbeits-einstellung		durch Streik		ohne Arbeits-einstellung		durch Streik	
	für Per-sonen	Stund. pro Woche	für Per-sonen	Stund. pro Woche	für Per-sonen	Stund. pro Woche	für Per-sonen	Stund. pro Woche
1905.	106165	453297	61666	213467	63,3	68,0	36,7	32,0
1906.	255534	928804	75648	298804	77,2	76,2	22,8	23,8
1907.	187295	694388	50895	191500	78,6	78,4	21,4	21,6

Jahr	Lohnerhöhung wurde erreicht				Lohnerhöhung in Prozenten			
	ohne Arbeits-einstellung		durch Streik		ohne Arbeits-einstellung		durch Streik	
	für Per-sonen	pro Woche	für Per-sonen	pro Woche	für Per-sonen	pro Woche	für Per-sonen	pro Woche
1905.	279493	550637	112653	253166	71,3	68,5	28,7	31,5
1906.	491878	852389	154253	389506	76,1	70,3	23,9	29,7
1907.	370214	687962	104490	283892	78,0	74,6	22,0	25,4

In Bezug auf den Abschluß korporativer Arbeitsverträge trifft daselbe zu. Infolge Angriffsbewegungen wurden im letzten Jahre 1545 Tarifverträge abgeschlossen, während infolge von Angriffstreiks nur 634 zu Stande kamen.

Vertragsabschluss.

Die allgemeinen Tarifverhandlungen im Bau-gewerbe sind nun endlich im großen ganzen am 14. und 15. August durch die Unterzeichnung von 179 Verträgen für 131 Vertragsgebiete abgeschlossen. Daran sind beteiligt der Zentralverband der Maurer in 123, der Zentralverband der Zimmerer in 101, der Zentralverband der Bauhilfsarbeiter in 64 und der Christliche Verband in 43 Fällen.

Die Verträge haben Geltung für alle drei Berufe in 44 Fällen, für Maurer und Zimmerer in 42, für Maurer und Bauhilfsarbeiter in 19, für Maurer allein in 31, für Zimmerer allein in 32 und für Bauhilfs-arbeiter allein in 11 Fällen.

Trotz der langen Frist waren aber immer noch nicht alle Verträge eingeleitet, so daß die Beauftragten der Zentralverbände nochmals als Unterzeichnungs-kommissionen zusammenzutreten mußten. Am 15. August schlossen noch die Verträge aus Alt-Nahstedt, Bromberg, Embden, Fürstentum, Kallberg (Zimmerer), Reine (Bauhilfsarbeiter), Pirna, Rathenow, Reichenbach i. Schl. (Bauhilfsarbeiter), Saargemünd, Uelsen und Wilhelmshaven. Die Gültigkeit dieser Verträge wird durch dies Ver-säumnis natürlich nicht beeinflusst.

Die Originalverträge werden den betreffenden Zweigvereinen in den nächsten Tagen wieder zugesandt.

Die Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen im Jahre 1907.

II.

Die Streiks und Aussperrungen.

Wie die Lohnbewegungen ohne Arbeits-einstellung, so ist auch die Zahl der Streiks und Aussperrungen festgestellt nach den Angaben der Verbände der Zentral-verbände ohne Rücksicht darauf, ob an einem Lohnkampf mehrere Organisationen beteiligt waren oder nicht. Es ist also jeder Streik und jede Aussperrung so oft gezählt, als Organisationen daran beteiligt waren. In der später erscheinenden speziellen Streikstatistik wird demnach die Zahl der Streiks und Aussperrungen eine nicht unbedeutende Einschränkung gegenüber diesen Feststellungen erfahren, weil dort jeder Lohnkampf auch dann nur einmal gezählt wird, wenn mehrere Organisationen daran beteiligt gewesen sind. Die Angaben über die Zahl der an Streiks und Aussperrungen Beteiligten, über die Kosten dieser Kämpfe usw. werden jedoch dadurch nicht beeinflusst.

Die Gesamtzahl der im Jahre 1907 von den Gewerkschaften geführten Streiks beträgt 2584. Davon waren 1721 Angriffstreiks und 863 Abwehrstreiks. Die Zahl der Aussperrungen, von denen die Gewerkschaften betroffen wurden, beträgt 402. Sonach fanden im letzten Jahre insgesamt 2986 Lohnkämpfe statt, an denen insgesamt 281 030 Personen beteiligt waren. Die Gesamtkosten der Streiks und Aussperrungen be-tragen M. 12 364 082.

Die 1721 Angriffstreiks wurden von 48 Gewerkschaften geführt und erforderten an Ausgaben die

1906 wurden 2360 korporative Arbeitsverträge für 317 487 Beteiligte abgeschlossen, wovon 1632 Verträge für insgesamt 231 392 Beteiligte ohne Arbeitseinstellung zu Stande kamen, und 1907 wurden von insgesamt 2339 korporativen Arbeitsverträgen für 272 048 Beteiligte 1556 Verträge für 177 901 Beteiligte ohne Arbeitseinstellung abgeschlossen. Die infolge früher abgeschlossener Tarifverträge im Jahre 1907 eingetretenen Verbesserungen der Arbeitsbedingungen sind aus der Statistik nicht ersichtlich; sie sind aber zum Teil recht hoch anzuschlagen. Ein Teil im Jahre 1907 ablaufender Tarifverträge wurde neu vereinbart, ohne den Arbeitern neue Vorteile zu bringen; aber dadurch wurde das Bestehende für eine längere oder kürzere Zeit hinaus gesichert und den Unternehmern die Möglichkeit genommen, die Folgen der Krise in größerem Umfang auf die Schultern der Arbeiter abzuwälzen.

Das sind keine Anzeichen von Schwäche der Gewerkschaften; sondern die besten Beweise der steigenden Kraft, des wachsenden Einflusses derselben. Je stärker die gewerkschaftlichen Organisationen werden, je größer der Kreis der ihnen Einfluß unterstehenden Personen, je fester das Gefüge der Gesamtorganisation und je reichlicher die finanziellen Mittel vorhanden sind, desto mehr Achtung und Respekt werden sie dem Unternehmertum abzugewinnen und um so mehr wird dieses geneigt sein, den terroristischen Herrenstandpunkt aufzugeben. Und dieser Einfluß ist in den letzten Jahren ganz gewaltig gestiegen, und daher auch die verzweifelte Anstrengungen der Unternehmerverbände, den Einfluß und die Kraft der Gewerkschaften durch die Aussperrungen zu brechen. Das vergangene Jahr erschien den Unternehmern ganz besonders geeignet, einen Gewaltstreik gegen die Arbeiterorganisationen zu führen. Die Organisationen des Baugewerbes und der Holzindustrie waren besonders dazu ausersehen, der Vernichtung anheimzufallen, und das Resultat dieses Ansturms war, neben den ungeheuren direkten Verlusten der Unternehmer, ein Sieg der Gewerkschaften, der sich in folgenden Zahlen widerspiegelt. In beiden Organisationen wurden zusammen für 76 308 Personen eine Arbeitszeitverfützung von 266 261 Stunden pro Woche und für 202 883 Personen eine Lohnerhöhung von zusammen M. 444 653 pro Woche erreicht.

Die freien deutschen Gewerkschaften sind Kampforganisationen, d. h. sie nehmen den Kampf auf, sie gehen ihm nicht aus dem Wege, wo er ihnen aufgezogen wird. Sie müssen und werden kämpfen, wo ihnen die Erreichung ihres Zieles auf friedlichem Wege unmöglich ist.

Im vergangenen Jahre machten die Unternehmer häufiger als in den vorhergehenden Jahren den Versuch, die Arbeitsbedingungen zu verschlechtern. Die stete

Kampfbereitschaft der Gewerkschaften ließ die Unternehmer nur in wenigen Fällen und in ganz verschwindend geringem Maße Erfolge in dieser Beziehung erreichen. In den meisten Fällen war es den Gewerkschaften möglich, die geplanten Verschlechterungen abzuwehren und zum Teil auch noch bei diesen Kämpfen positive Erfolge zu erringen. Was in den letzten drei Jahren von den Gewerkschaften an geplanter Arbeitszeitverlängerung oder Lohnverfützung abgewehrt wurde, zeigt folgende Tabelle:

Jahr	Arbeitszeitverlängerung wurde abgewehrt				In Prozenten			
	ohne Arbeitseinstellung		durch Streit		ohne Arbeitseinstellung		durch Streit	
	für Personen	Stund. pro Woche	für Personen	Stund. pro Woche	für Personen	Stund. pro Woche	für Personen	Stund. pro Woche
1905	1657	6928	949	2649	63,6	72,4	86,4	97,6
1906	979	4872	1065	4542	48,0	51,8	62,0	48,2
1907	2212	6475	1004	5446	68,9	54,3	81,3	45,7

Jahr	Lohnreduzierung wurde abgewehrt				In Prozenten			
	ohne Arbeitseinstellung		durch Streit		ohne Arbeitseinstellung		durch Streit	
	für Personen	Stund. pro Woche	für Personen	Stund. pro Woche	für Personen	Stund. pro Woche	für Personen	Stund. pro Woche
1905	7394	13152	6771	13099	52,2	50,1	47,8	49,9
1906	2842	6197	4888	13471	37,0	31,5	63,0	68,5
1907	5965	9049	9285	27775	39,1	24,6	60,9	75,4

Bei den Abwehrbewegungen wurden im letzten Jahre in 11 Fällen für insgesamt 2868 Beteiligte korporative Arbeitsverträge und bei den Abwehrstreiks in 56 Fällen für insgesamt 6575 Beteiligte korporative Arbeitsverträge abgeschlossen. In Arbeitszeitverlängerung wurde abgewehrt für 3236 Beteiligte zusammen 11 921 Stunden pro Woche und an Lohnreduzierungen für 15 250 Beteiligte zusammen M. 36 824 pro Woche. Eine Arbeitszeitverlängerung durchzuführen, war den Unternehmern überhaupt nicht möglich, und eine Lohnreduzierung trat insgesamt nur für 3315 Personen ein, die pro Woche M. 6673 betrug. Gegenüber den Erfolgen der Gewerkschaften fallen also die Erfolge der Unternehmer gar nicht ins Gewicht.

Als direkte Erfolge bei Aussperrungen kommen zunächst in Betracht 93 korporative Arbeitsverträge, die für 39 360 Beteiligte Gültigkeit haben. Ferner Arbeitszeitverfützung für 7396 Personen zusammen 14 698 Stunden pro Woche und Lohnerhöhung für 23 126 Beteiligte zusammen M. 33 821 pro Woche. An den infolge von Aussperrungen herbeigeführten Arbeitszeitverfützungen und Lohnerhöhungen sind nur

die Organisationen der Holzarbeiter, Metallarbeiter und Steinsetzer beteiligt. Die Erfolge, welche der Zentralverband der Maurer bei den Aussperrungen erzielte, sind nicht besonders von diesem angegeben, sondern in den Erfolgen der Anglisten enthalten.

An Verschlechterungen als Folge von Aussperrungen trat ein bei den Tabakarbeitern eine Lohnfützung für 68 Personen von zusammen M. 68 pro Woche und bei den Transportarbeitern eine Lohnfützung für 772 Personen von insgesamt M. 2779 und ferner in zwölf Fällen sonstige Verschlechterungen für 988 Beteiligte.

Daß die Unternehmer trotz solcher Mißerfolge ihre Aussperrungstaktik fortsetzen werden, ist unzweifelhaft, zumal ihnen in den gelben Werksvereinen eine Söldnertruppe entstanden ist, die sie für ihre arbeitereindlichen Zwecke um so besser verwenden können, als jene der moralischen Qualifikation zur Wahrnehmung von Interessen ehrlicher Arbeiter bar ist. Zwar war die von den Gelben bisher den Unternehmern geleistete Hilfe von minimaler Bedeutung und auch in Zukunft dürfte sie die Erfolge der Gewerkschaften nicht nennenswert zu beeinträchtigen vermögen. Aber wie ein Ertrinkender zu seiner Rettung nach einem Strohhalm greift, so klammert sich das tonangebende Unternehmertum trotz aller trüben Erfahrungen an die Aussperrung als einzigen Rettungsanker gegenüber der immer dringender und nachhaltiger seine Rechte verlangenden gewerkschaftlich organisierten Arbeiterkraft. Die bisherige Taktik der Unternehmerverbände wäre zu verfeinern, wenn die Aussperrungen auch nur den geringsten dämpfenden Einfluß auf die Gewerkschaften ausüben vermöchten. Aber auch das ist nicht der Fall. Im Gegenteil; jede Aussperrung, und erstere sei noch so große Opfer seitens der Gewerkschaften, erhöht die Opferwilligkeit der Mitglieder, stärkt ihren Mut und fordert sie zu neuen Kämpfen heraus. Fürcht vor den Aussperrungen kennen die Gewerkschaften nicht, wohl aber fürchten die Unternehmer den Streit, und nicht gering ist die Zahl der Unternehmer, die auch schon die Aussperrungen selbst fürchten gelernt hat, denn für viele „kleine Erzkisten“ bedeutet die Aussperrung der Arbeiter den wirtschaftlichen Ruin, den Untergang in die große Wüste des Proletariats. Die periodisch wiederkehrenden wirtschaftlichen Krisen und die Aussperrungstaktik der Unternehmerverbände sind für die Arbeiter gleichbedeutend. Beide sind geeignet, den an sich natürlichen, durch die kapitalistische Produktionsweise bedingten Entwicklungsgang zu beschleunigen.

Wenn sich, wie aus der Statistik klar ersichtlich, in Unternehmerrreisen mehr und mehr das Bestreben bemerkbar macht, die Differenzen mit den Arbeitern auf friedlichem Wege beizulegen und das schroffe Zurückweisen der Arbeiterforderungen aufzugeben, so entspringt diese Tendenz lediglich der Erkenntnis, daß die von

Deutschlands Talsperren.

Von Dr. R. Hennig.

(Nachdruck verboten.)

Der Talsperrenbau in Deutschland blüht gegenwärtig auf eine noch nicht 19jährige Geschichte zurück, und dennoch ist man bereits recht wohl berechtigt, zu sagen, daß er im Wirtschaftsleben des deutschen Volkes ein ganz ungewöhnlich bedeutsamer Faktor ist oder noch zu werden verspricht. Zweifelsfrei steht die Entwicklung der deutschen Talsperren zur Zeit noch in den Anfängen, aber dennoch hat sich dieser Zweig der Technik schon jetzt von großem Segen für viele Gebiete unseres Vaterlandes erwiesen, und man darf hoffen, daß wir bei systematischem Fortschreiten auf dem einmal betretenen Wege nicht nur in Bezug auf Wasser- und Eisenerzeugung, Gewinnung von billiger elektrischer Kraft und Beleuchtung, Schiffahrt, Fischerei usw. ökonomische Werte von unschätzbbarer Bedeutung schaffen, sondern uns auch bis zu einem hohen Grade unabhängig machen werden von elementaren Naturkatastrophen, von den verheerenden Wirkungen von Dürre, Überschwemmungen, Wollenbrüchen usw.

Es ist in erster Linie das unergiebliche, nicht genug zu würdigende Verdienst des großen hessischen Wasserbautechnikers Inge, der uns am 28. Dezember 1904 leider allzu früh entzogen wurde, daß die Frage der Talsperren bei uns in Deutschland in Fluß kam und daß die ersten Anlagen, die in Deutschland geschaffen wurden, in Bezug auf Zweckmäßigkeit und technische Vollkommenheit sogleich Meisterleistungen waren. Seit dem 4. Mai 1889, dem Tage, an dem man mit dem Bau der ersten deutschen Talsperre (bei Neufeld) begann, sind allein in Preußen (Rheinland, Westfalen, Provinz Sachsen, Schlesien, Westpreußen) bisher binnen 19 Jahren 25 Talsperren geschaffen worden, deren gesamtes Fassungsvermögen 120 Millionen Kubikmeter Wasser beträgt; 15 weitere Talsperren, deren Fassungsvermögen zusammen 400 Millionen Kubikmeter ausmacht und deren Kosten auf 50 Millionen geschätzt werden, sind gegenwärtig im Bau. Die Dimensionen der einzelnen Sperren variieren naturgemäß sehr erheblich, ebenso die Kosten der Anlagen. Unter den bisher bestehenden Talsperren ist die weitaus größte diejenige des Urtals bei Gmund in der Eifel, die 45,5 Millionen Kubikmeter Wasser faßt, 4 Millionen Mark Kosten verzurzt hat und aus der weitaus höchste Spermauer von nicht weniger als 58 m Höhe besteht, während die gegenwärtig längste Spermauer von 369 m Länge sich im Gennetal befindet.

Die Urtalsperre ist zur Zeit die größte Talsperre Europas; sie wird aber den Vorrang bald an eine andere abtreten müssen, an der gegenwärtig noch gebaut wird, nämlich an die Sperre von Mauer am Roder, das etwas unterhalb von Hirschberg gelegen ist. Diese Sperre wird mit 50 Millionen Kubikmeter Fassungsvermögen alsdann die größte sein, vorausgesetzt aber auch nur einige Jahre hindurch, denn schon ist eine um mehr als das Doppelte größere Talsperre geplant, die vom Rühraltalperrenverein im Mühletal errichtet werden soll, etwa 10 Kilometer oberhalb der Mündung der Möhne in die Ruhr, bei den Dörfern Günnel und Brünningen. Durch diese Sperre soll vermittels einer 580 m langen Mauer ein Stausee von nicht weniger als 130 Millionen Kubikmeter Inhalt geschaffen werden. Die Bedeutung dieser Zahl mag man ermessen, wenn man hört, daß 3 m der größte Eisschiff, der Raader See bei Amsterdam, nur 107 Millionen Kubikmeter Wasser enthält! Eine andere sehr große Sperre, die sich freilich mit der vorgenannten nicht vergleichen kann, wird demnächst im Sarz entstehen, am Dietrichsberg oberhalb von Romfeschall, dort, wo das Altmauer und das Schulerburger Tal ins Aleral einmünden; hier wird mit einem Kostenaufwand von 8½ Millionen Mark eine Spermauer von 58 m Höhe und ein Stausee von 30 Millionen Kubikmeter geschaffen werden.

Nun weisen ja zwar die weitaus meisten Talsperren Deutschlands erhebliche Dimensionen auf; die 10 m hohe und 100 m lange Sperre von Reiney, die besonders klein ist, bedingt 3 m einen Stausee von nur 117 Kubikmeter Inhalt und 3,2 Hektar Flächenabdeckung. Dennoch aber geht aus dem Gesagten hervor, daß bei Schaffung der Talsperren sowohl von staatlicher wie von privater Seite mit einem Riesenaufwand an Mitteln gearbeitet wird. Es ist ja nun von vornherein klar, daß die aufgewendeten Ausgaben sich offenbar gut rentieren müssen, da man mit so großem Eifer allenfalls neue Sperren schafft; aber läßt sich ein entsprechender Nutzen der Talsperren wirklich nachweisen, und worin ist er zu suchen?

Bis zu einem gewissen Grade populär geworden sind die Talsperren infolge ihrer Eigenschaft, bei großen Wollenbrüchen im Gebirge oder bei starker Schneefmelge die allzu reichen Zuflüsse an den Gebirgsflüssen abzufangen und in unschädlicher Weise aufzusaugen, bis sie in ruhigen Zeiten des Menschen Willen nach Gutdünken freigeibt und ohne Gefahr für die Umgebung zu Tal fließen läßt. Diese schützende Eigenschaft werden die Talsperren zumal in dem von Wollenbrüchen so besonders schwer und häufig heim-

gesuchten schlesischen Gebirge in vollstem Maße entfalten können. Die ungeheure schlesische Wollenbruch-Katastrophe vom 28. bis 30. Juli 1897 war ja auch der Hauptanlaß, daß man die Frage der Talsperren, die bis dahin nur in rheinisch-westfälischen Industriebezirken angelegt worden waren, im größeren Umfange ernstlich zu erörtern begann, besonders im Hinblick auf eine energiegelbe Abwehr ähnlicher Verwüstungen in Schlesien, wie sie 1897 vorgekommen waren. Die Folge dieser Erwägungen war das schlesische Hochwasserschutzgesetz von 1900, wodurch mit einem damals geschätzten Kostenaufwand von 12½ Millionen Mark vor allem eine Regulierung der gefährlichsten schlesischen Flüsse, des Oberrhein und des Oder, ins Leben gerufen wurde. 1901 begann man mit dem Bau der ersten derartigen schlesischen Talsperre, bei Marzflisa am Oder, die noch ein Werk Inges war und am 5. Juli 1905 feierlich eingeweiht wurde. Bei den Hochwassern im Juli 1903 vermochte sie ihre Wirksamkeit noch nicht zu erweisen, aber bei den letzten, durch Wollenbruch herbeigeführten Überschwemmungen am Mitte Juli 1907 hat sie ihre Feuerprobe glänzend bestanden und mit ihrem bedeutenden Fassungsvermögen von 15 Millionen Kubikmeter Wasser die gewaltigen Regengüssen in ihrer verderblichen Wirkung mit bestem Erfolg paralytisiert. Die beiden noch im Bau begriffenen Wollenbrückentalsperren von Mauer und Buchwald konnten leider im Sommer 1907 noch nicht in Aktion treten, und das Wollenbrückgebiet, insbesondere das Hirschberger Tal, hat daher auch bei diesen letzten Überschwemmungen ungleich mehr gelitten, als das bereits gefüllte Oderstal.

Der Schutz gegen Überschwemmungsgefahren, wie ihn die Talsperren in Schlesien und auch an der Wupper in erster Linie bieten sollen, stellt aber, wie gesagt, nur eine Seite ihrer volkswirtschaftlichen Aufgaben dar. Andere Talsperren entstehen wieder zu dem ausgesprochenen gegenteiligen Zweck: der Umgegend in Zeiten der Dürre und des Niedrigwassers das fehlende flüssige Element in geeigneter Menge zuzuführen, sei es zur Erzielung eines ausreichenden hohen Wasserstandes auf schiffbaren Wasserwegen, sei es zur regelmäßigen Bewässerung von gutem Trinkwasser usw. Die Talsperren im Wesergebiet z. B. haben hierin ihre Hauptaufgabe zu suchen; indem sie der Weser und dem Westertal in trockenen Zeiten das zur Erzielung eines ausreichenden Niveaus erforderliche Wasser zuführen sollen. Der Gewinnung von gutem Trinkwasser wegen werden hingegen die teils schon gebauten, teils geplanten Sperren bei Chemnitz, Plauen i. V., Göttha und Nordhausen in erster Linie dienen. An dieser Stelle darf

aum mindestens in Amerika diesmal der Zusammenbruch viel schwerer war, während für Europa die Verhältnisse von damals und heute ungefähr gleich-bleiben mögen. Kräfte brauchen keine Katastrophen zu sein, aber wie Krankheiten brauchen sie ihre Zeit bis zur Biedererfindung.

Berlin, 9. August 1908.

Mag. Schippel.

Politische Umschau.

Ein internationaler Kongreß christlicher Gewerkschaften hat in der ersten Augustwoche in Zürich gelagt. Internationale Christen — christliche Internationalität! Wie merkwürdig das Klingt! Eigentlich sollte es aber nichts Selbstverständlicheres geben als das, denn der große Religionsstifter aus Nazareth war ja die erste historische Person, die die Grenzen nicht gelten lassen wollte, die Abgrenzung, Sprache und Herrschaft zwischen den Völkern aufgerichtet hatten. Geht hin in alle Welt und lehrt alle Völker, war sein Gebot. Die ganze Menschheit sollte sich zu einem Bunde der Bruderschaft vereinigen. Seine Lehre aber hat es nicht vermocht. Die Jahrhunderte der christlichen Zeitrechnung waren angefüllt von Waffenlärm, von Seufzern unterdrückter Massen und Völker. Menschenblut war kein besonderes, sondern ein ganz gewöhnlicher Saft, der den Boden der alten christlichen Länder bis zum Ueberfließen tränkte, so daß sich auch die Kleinwohner Nordamerikas und die gotterleierten „Heiden“ in Asien nicht davor zu verdecken brauchten. Der christliche Gedanke war nicht stark genug, die Gegensätze zwischen den Völkern aufzuheben. Schlimmer kann der Nationalitätenhaß auch in der finsternen Zeit der Zartarenherrschaft nicht gewesen sein, als in der Zeit der „alexandrischen“ Könige und als in der Zeit des byzantinischen Geistesdauers.

Erst die Arbeiterbewegung brachte einen Umschwung in den Beziehungen der Völker. Das starke Bedürfnis der unterdrückten Massen nach Verbindung mit ihren Leidensgenossen jenseits der Grenzen gebrauchte die künftigen Schwanten. Sie waren darob vaterlandslose Gesellen, und alles, was nach „national“ dachte, stimmte in das Verdamnisurteil mit ein. Nicht zuletzt auch die „christlich-nationalen“ Arbeiter. Und jetzt gehen dieselben „Christlich-Nationalen“ über die Grenze und pflegen Mats mit ihren Gesinnungsgenossen des Auslandes! Wir können mit dieser Entwicklung natürlich sehr zufrieden sein; denn sie zeigt uns, daß, wer die Arbeiterinteressen verfechten will, auf denselben Weg gebracht wird, den unsere Bewegung beschritten hat.

Auf der Tagung hat man sich zuerst mit der Berichtserstattung befaßt. Es wurden Berichte von Deutschland, Österreich, Belgien, Holland, Schweden, die Schweiz, Italien und Rußland gegeben. Danach gibt es in Österreich 63 000 christlich organisierte, in der Schweiz 5300, wozu angeblich noch 6000 Zertifikatsarbeiterinnen kommen, in Holland 17 500, in Belgien 30 664, mit den Wanderarbeitern rechnet man aber 50 000 heraus, in Italien 13 800, in Rußland (Polen) 63 000 (?) und in Schweden 12 000. Diese Zahlen sind natürlich alle mit größter Vorsicht aufzunehmen. Bezüglich der österreichischen Christlichen haben wir den Schwinkel einmal näher beleuchtet, ähnlich oder noch schlimmer wird es mit den anderen Ländern stehen. Nach den Berichten folgte ein Meinungsaustausch über das Wesen und die Aufgaben der christlichen Gewerkschaften, wo es sich hauptsächlich um den Streit zwischen den strengen Katholiken und den interkonfessionellen christlichen Gewerkschaften handelte. Giesberts verteidigte den Standpunkt der letzteren. Ueber seine Rede berichtet die „Vaugewerkschaft“:

An die Spitze seiner Ausführungen stellt er den Satz, daß die christliche Gewerkschaftsbewegung wirtschaftliche und nur wirtschaftliche Ziele zu verfolgen habe. Daraus ergibt sich, daß sie interkonfessionell und parteipolitisch neutral sein müsse. Religiöse Propaganda nach irgend einer Richtung zu treiben, kann nicht Aufgabe der Gewerkschaften sein. Diejenigen, die die Gewerkschaftsbewegung auf konfessionellen Boden stellen möchten, vergessen eins: daß in dem Moment, wo eine Gewerkschaft sich als kirchliche Organisation bekennt und organisiert, ihr der Rücken gebrochen ist im wirtschaftlichen Kampfe. Denn keine Kirchengemeinschaft kann und wird die Verantwortung auf sich nehmen können für den Interessenkampf der Arbeiter. Deshalb geht auch jene Richtung darauf aus, Streiks überhaupt unmöglich zu machen, und sie hat, wie wir ihr nachgewiesen haben, zu diesem Zwecke schon mehr als einmal Streikbrecherdienste geleistet. Deshalb haben wir von jeher eifrig dafür gearbeitet, daß keine Leute in unsere Bewegung hineinregieren, die nach der einen oder anderen Seite hin religiöse Propaganda machen wollen. Und andererseits bedeutet die Forderung, daß die Gewerkschaften politisch neutral sein sollen, durchaus nicht, daß der einzelne Gewerkschaftler politisch verimpfen soll. Wer auf gewerkschaftlichem Gebiete seinen Mann steht, der wird auch auf politischem Gebiete die Augen offen halten, und er wird es verstehen, auch seine politischen Forderungen durchzusetzen; nur tut er es nicht innerhalb der Gewerkschaft, sondern außerhalb derselben. Und das ist gut für die Gewerkschaften, die dadurch sich ihre volle Selbstständigkeit sichern und der Gefahr entgehen, das Odium der verschiedenen Parteilichkeiten auf sich nehmen zu müssen. Wir in Deutschland sind jedenfalls stolz darauf, daß wir uns nicht in das Schlepptau der einen oder anderen Richtung haben nehmen lassen. Die religiöse und soziale und politische Schulung der Arbeiter betreiben wir dorthin, wohin sie gehört: in die konfessionellen Arbeitervereine, und diese Arbeitsteilung ist es nicht zum wenigsten, der die deutsche christliche Gewerkschaftsbewegung ihre Erfolge verdankt.

Wiel deutlicher redeten Schiffer und Vieber den „hochwürdigen Bischöfen“ zu. Den Standpunkt der katholischen Organisationen vertraten zwei holländische Geistliche. Außer diesem Beratungsstoff hatte man nur noch mehr geistliche Angelegenheiten, die uns nicht weiter interessieren. Nach der Tagung ist in der deutschen katholischen Presse ein lieblicher Streit über die dort gehaltenen Reden entbrannt. Das Organ der katholischen Hochbeter, der „Arbeiter“ in Berlin, hält Herrn Giesberts entgegen, daß die Kirche für jeden Kampf eintreten könne, der im Geiste wahren Christentums geführt werde, dagegen müsse sie allerdings die Verantwortung für jeden Kampf ablehnen, der den christlichen Grundsätzen widerspreche. Herr Giesberts be-

stätigt demnach erkennen, daß die Kämpfe der christlichen Gewerkschaften den Grundsätzen des Christentums widersprechen, zweitens, daß also die christlichen Gewerkschaften gar keine christlichen Gewerkschaften sind, drittens, daß selbstverständlich in solchen Gewerkschaften kein Christlicher, vor allen Dingen aber kein wahrhaft christlicher Arbeiter hineingeht.

Herr Schiffer, der die christlichen Gewerkschaften für rein wirtschaftliche Unternehmungen erklärte, denen gegenüber der Bischöfen kein Nachwort aufsteht, hält das Blatt entgegen:

„Seine anmaßenden Behauptungen beweisen nur, daß er nicht die geringste Ahnung von der sittlichen Würde und den Pflichten der Arbeit hat, die die Kompetenz des Episkopats in seiner doppelten Eigenschaft als gottesgelehrter Lehrer und Hirte der Christenheit in vollem Umfange begründet.“

In einer Zuschrift an den „Arbeiter“ wird die Mahnung an die katholischen Arbeiter gerichtet, nicht ab von solchen Führern (Giesberts, Schiffer, Vieber) zu rücken, „denn wir sind katholische Männer und wir wissen auch, daß die kirchliche Vorgänge auch in den streifen besten Entfaltung hervorgerufen haben, die in der Gewerkschaftsfrage nicht auf unserem Standpunkte stehen“. Es gehe ein trauriger Mut für Leute dazu, die sich als Katholiken bezeichnen, den Arbeitgeber, Morretor und Kritiker des hochwürdigen Episkopats zu spielen. „Eine solche Sprache in einer auch von Andersgläubigen besuchten Versammlung — das ist unchristlich und ganz im Geiste der Gewerkschaften. Nicht bloß die 120 000 Arbeiter unseres Verbandes, nein, mit uns protestieren Hunderttausende andere katholische Arbeiter und Mitglieber anderer Stände gegen eine solche Sprache. Wir haben Priester in den letzten Tagen gesprochen, die wachlich nicht in der Gewerkschaftsfrage mit uns übereinstimmen: sie waren in tiefer Seele erschüttert.“

So tobt in der katholischen Arbeiterschaft der Kampf. Lassen wir ihn toben.

Gegen die Verwendung ausländischer Arbeiter bei Staatsarbeiten, wie sie in der Antwort des Ministers Freidenbach auf eine Eingabe der Eisenbahnen in größerem Umfange angekündigt worden ist, haben die evangelischen Arbeitervereine in Berlin unter Führung des „Eigentums Mann“ protestiert. Man hatte für diesen Protest eine große Versammlung geplant und die Regierung suchte, einen Vertreter dazu zu entsenden. Die Regierung lehnte das jedoch ab, sie erwies vielmehr die Veranlassung der Kundgebung, vorher einige Vertreter in das Ministerium zu schicken. Das ist dann auch geschehen. Der Herr Eigentümer besichtigte sich mit einem seines Gefolges aus Ministerium und ließ sich dort von einem Geheimrat, nein, von einem Briefliche Geheimen Regierungsrat Hofmann begrüßen. Statt sich Dank für die Einladung zu sagen, haben nun war doch die Gefahr beiseite, daß die Versammlung der evangelischen Schichten allzu deutlich werden könnte. Der Briefliche Geheimen Regierungsrat hat versprochen, daß den Eisenbahnenbetreibern nachgeholfen werden soll, nur dann ausländische Arbeiter herangezogen werden, wenn deutsche Arbeiter nicht genügend zu bekommen sind. Damit war man auch wirklich beruhigt. Natürlich kann sich mit solchem Gerede nur der zufrieden geben, der um jeden Preis zufrieden sein will. Für uns gilt diese Erklärung gar nichts. Sie steht in höchstem Gegensatz zur Zurückziehung der in unserem Artikel „Preussische Arbeiterpolitik“ (Nr. 31) erwähnten Verfügung, die den Eisenbahnenbetreibern bei Staatsbauten die Berücksichtigung der deutschen Arbeiter zur Pflicht machte. Sie steht auch im höchsten Gegensatz zur Einführung der Legitimationskarten für fremde Arbeiter, die diese völlig der Willkür der Unternehmer resp. Junker preisgibt.

Wenn die nun Mann also etwa denken, sie hätten was Großes vollbracht, so sind sie recht sehr auf dem Holzwege; sie haben — gütigstenfalls ohne bestimmte Absicht — eine Komödie aufgeführt, weiter nichts.

Schulstatistik. Im Jahre 1906 wurde eine neue Erhebung über die Volksschulen im Deutschen Reich veranstaltet, deren Ergebnisse nunmehr bekanntgegeben sind. Für das gesamte Reich ergab sich 60 584 öffentliche Volksschulen, dazu 617 Privatschulen mit Volksschulzweigen; zusammen 61 199, gegen die erste Erhebung von 1901 eine Zunahme von 1388. Die öffentlichen Schulen haben sich um 1297 vermehrt, die privaten um 29 vermehrt. Die Zahl der Schüler stieg in den öffentlichen Schulen von 8 924 779 auf 9 737 262 (b. i. um 812 483 = 9,1 pZt.), in den privaten von 41 328 auf 42 094 (+ 766 = 1,85 pZt.). Die Bedeutung der privaten Schulen, die 1 pZt. der gesamten und noch kein halbes Prozent der Schüler umfassen, ist hier also minimal.

An den öffentlichen Volksschulen waren 166 597 (1901: 146 540) vollbeschäftigte Lehrkräfte; eine Zunahme um 20 057 = 13,7 pZt. Davon waren weiblich 29 384 (22 518) = 17,6 (15,4) pZt. Auf eine Lehrkraft entfielen 58 (61) Schüler. Auf einen Schüler kamen M. 54 (47) Gesamtkosten. Insgesamt betrugen die Aufwendungen für die öffentlichen Schulen 522 861 Millionen Mark (421 817 Millionen Mark), davon 150 184 Millionen Mark = 28,6 pZt. (122 898 Millionen Mark = 29,2 pZt.) aus Staatsmitteln.

Da das Schulwesen der einzelstaatlichen Gesetzgebung und Verwaltung untersteht, auch die kulturellen und politischen Grundsätze sehr verschieden sind, so ergeben sich zwischen den einzelnen Staaten und Provinzen erhebliche Gegenstände. Als Ganzes steht Preußen mit 60 Schülern auf 1 Lehrkraft (statt 63 i. J. 1901) und M. 53 Ausgaben pro Schüler (statt 48) noch etwas ungünstiger als der Reichsdurchschnitt. Die Schülerzahl pro Lehrkraft hat sich wie im ganzen Reich vermindert, der Aufwand pro Schüler um M. 5, gegen M. 7 im Reichsdurchschnitt, erhöht. Die einzelnen Provinzen weisen fast sämtlich kleine Verbesserungen auf: Verminderung der Schülerzahl um 1—5, Erhöhung des Aufwandes um M. 3—12. Die höchsten Differenzen entfallen dabei auf Brandenburg (Schülerzahl 55 statt 60, Aufwand M. 62 statt 60); offenbar die Wirkung der rapiden Entwicklung und Verstaatlichung des Berliner Vorortbezirks, die geringsten auf Posen (73 statt 74 Schüler, M. 40 statt 35), Schlesien (68 statt 70 Schüler, M. 42 statt 39) und Westpreußen (64 statt 66 Schüler, M. 42 statt 38). Nach wie vor weisen die Gebiete der glücklichen Ostmarkenpolitik die höchsten

Schülerzahlen auf: ein Beweis für die preussische Kulturmission bei den vertriebenen Polen. Die Großstadt Berlin hat ihre führende Stellung noch etwas verbessert (43 statt 47 Schüler; M. 99 statt 95), wobei es freilich noch hinter manchen Städten, wie Frankfurt a. M., zurückbleibt. Seltener ist die Verschlechterung in Spiezollern: 69 statt 64 Schüler, M. 50 statt 58, offenbar ein Stütz der Politik „moralischer Eroberungen“, die Preußen im Süddeutschen betreibt.

Insgesamt — hat Preußen einen Aufwand von 328 247 Millionen Mark, wovon 82 378 Millionen = 25,1 pZt. auf den Staat entfallen. Der Anteil des Staates ist am höchsten in Posen mit 52,5 und Ostpreußen mit 47,4 pZt., am geringsten in Westfalen (16,7) und Berlin (3,15 pZt.) — ein Stück unserer Junkernationalpolitik auf Kosten der Städte.

Nachdem wir eine minimale Verringerung des Schülerlages (68 statt 69), eine erhebliche Zunahme des Aufwandes (M. 55 statt 46) auf. Von 52 680 Millionen Gesamtkosten trägt der Staat 18 987 Millionen = 35,9 pZt. Die übrigen Mittelstaaten zeigen folgende Zahlen:

	Schüler auf eine Lehrkraft		Aufwand pro Schüler		Anteil des Staates an den Kosten 1906 pZt.
	1901	1906	1901	1906	
Sachsen	66	61	53	59	22,7
Württemberg	58	57	42	50	34,4
Nachen	67	64	40	52	27,9
Schles-Vestfalen	43	45	39	44	28,6
Hessen	60	57	48	54	28,4
Hamburg	38	35	74	88	95,6
Mecklenburg-Schwerin	46	45	40	45	5,8

Unter den kleinen Staaten sind neben Alsdorf, das die günstigste Schülerzahl (33 statt 35) hat, wegen ihrer besonders traurigen Schulverhältnisse die Fürstentümer Schwarzburg-Rudolstadt (63 statt 61 Schüler, M. 37 statt 33), Lippe (75 statt 92 Schüler, M. 42 statt 25), Schaumburg-Lippe (85 statt 99 Schüler, M. 35 statt 28) und Meuß a. R. (70 statt 73 Schüler, M. 39 statt 30) hervorzuheben. Wenigstens hier, außer in Schwarzburg-Sondershausen zeigt eine Verminderung des Aufwandes von M. 42 auf 40. Verbesserungen, in beiden Lippe sogar erhebliche, zu verzeichnen sind, so bleiben sie doch immer noch weit im Rückstand. Nur Mecklenburg und Schaumburg-Lippe weisen ähnliche geringe Aufwendungen auf. Die Statistik zeigt, wie traurig es noch mit unserem Schulwesen bestellt ist.

Der Zunderverbrauch in Deutschland hat eine fast stetig wachsende Zunahme aufzuweisen. In den Jahren von 1871 bis 1876 wurden in Deutschland auf den Kopf der Bevölkerung im Durchschnitt jährlich 6,0 kg gebraucht, in den Jahren 1881 bis 1886 schon 7,0, in den Jahren 1891 bis 1896 10,6 und in dem Jahre 1903/1904 sogar 17,2 kg. In 30 Jahren hatte sich demnach der Zunderverbrauch in Deutschland nahezu verdreifacht. Von der Höhe des Jahres 1903/1904 nachher in dem Jahre 1906/1907 etwas heruntergegangen, und zwar auf 16,8 kg. Schon einmal ist eine Zunahme im Konsum zu der Zeit beobachtet worden, als die Zundersteuer ermäßigt wurde. Eine beratige weitere Ermäßigung steht aber schon für das nächste Jahr bevor, nachdem Reichstag und Bundesrat einem Gesetze ihre Zustimmung gegeben haben, in dem die Zundersteuer von M. 14 auf M. 10 für 100 kg ermäßigt werden soll, sobald ein Reichsfinanzgesetz zu Stande gekommen sein wird, das der Reichsstaatskasse einen Ertrag von 35 Millionen Mark sichert. Ohne die hohe Zundersteuer und die frühere Prämienwirtschaft hätte sich der Konsum dieses wichtigen Nahrungsmittels schon früher und noch viel erheblicher steigern können.

Englische Gewerkevereinsgelder für die Arbeiterpartei zu verwenden, ist, wie die „Soziale Praxis“ mitteilt, nach einem, am 24. Juli gesprochenen Urteil des Richters Neville von der Chancery Division zulässig. Der Sekretär einer Ortsgruppe des Vereinigten Gewerkevereins der Eisenbahner hatte Klage gegen die Leitung dieses Gewerkevereins erhoben, daß eine Statutenänderung, wonach der Gewerkeverein die Bedingungen der Arbeiterpartei annehmen und unterzeichnen“ soll, im Jahre 1906 zu Unrecht vorgenommen worden sei, nachdem ein Antrag gleichen Inhalts in den vorhergehenden Jahren abgelehnt war, und daß weiter Gelder des Gewerkevereins nicht für die Arbeiterpartei verwendet werden dürften, da deren Grundsätze sozialistisch und gewerkevereinsfeindlich seien. Zum ersten Punkt erkannte der Richter, daß für ihn die Entscheidung des Registrars maßgebend sei, daß die Statutenänderung eingetragen habe. Aber auch im zweiten Punkte wurde die Klage abgewiesen. Die Zustimmung von Gewerkevereinsgeldern für eine Vertretung im Parlament und eine Beeinflussung der Gesetzgebung sei mit dem Zweck des Gewerkevereins, „die Lage seiner Mitglieder zu verbessern, ihre Interessen zu schützen, bessere Beziehungen zwischen Unternehmen und Arbeitern herzustellen und die Sicherheit von Arbeit und Verkehr im Eisenbahnwesen zu fördern“, durchaus vereinbar. Auch der Einwand, die Arbeiterpartei liege wegen ihres Sozialismus gegen gewerkevereinsfeindlich, sei hinwiegend und Gewerkevereine könnten sich ebenso gut der Arbeiterpartei wie den Liberalen oder Konserverativen anschließen.

Maurerbewegung.

Streiks, Aussperrungen, Masseregeln, Differenzen.

Sperren, über die nicht mindestens alle vier Wochen berichtet wird, werden fernerhin nicht mehr veröffentlicht. Zuzug von Maurern und Bauarbeitern ist fernzuhalten:

Deutschland:

Maurer:

Hansastädte:

Lübeck (Sperre über Görner & Heidenreich);

Schleswig-Holstein:

Rendsburg (Sperren über das Rader Kokswerk, das Stahl- und Walzwerk und die Karlsruhte), Quickborn (Streik);

Mecklenburg:
Güstrow (Sperrn über Thielke), Süls (Sperrn über Holdorf), Ahrenshoop a. Fischland (Sperrn über Helms);

Brandenburg:
Wittstock a. d. (Streik), Neu-Buch (Sperrn über Ehrlich), Königs-Wusterhausen (Sperrn über den Schulbau in Zernsdorf), Fürstenwalde (Sperrn über Pötel), Potsdam (Sperrn über Helbig, Ecke Wilhelmsplatz);

Ost- und Westpreußen:
Hammerstein (Sperrn über Kofahl und Karge), Osterode (Sperrn über Tessmann aus Mohrungen), Sensburg (Sperrn über den Kasernenbau, Unternehmer Vorweg), Rastenburg (Differenzen), Pr. Stargard (Differenzen);

Schlesien:
Märzdorf (Sperrn über Scheundel in Grebelwitz), Hundsfeld-Rosenthal (Sperrn über Vetter aus Weide);

Königreich Sachsen:
Leipzig (es sind gesperrt: Marien & Kunze, Bahnhofsbauteil, Berndt & Söhne, Berlinerstrasse, in L.-Höckern K. Edlich, Hühnerheisterstrasse), Leutisch (Sperrn über die Eisenbahn bei E. Becker & Co.), Kautzkeberg (Sperrn über David Ludley und L. Loos), Sanpersdorf bei Zwickau (Sperrn über Berger aus Schönheide), Mülsen (Sperrn über Ferd. Döhn in St. Niklas und Emil Meier in Ortmanndorf);

Provinz Sachsen und Anhalt:
Cracau b. Magdeburg (Sperrn über Weingart), Stassfurt (Streik), Kenschberg (Sperrn über Bautzmann aus Lützen);

Thüringen:
Arnstadt (Sperrn über Grossler), Ronneburg (Sperrn über Kretschmar);

Hannover, Braunschweig, Oldenburg und Lüneburg:
Misburg (Sperrn über die Zementfabrik „Germania“), Munster, Westerde (u. Umgegend (Differenzen), Visselhövede (Differenzen), Nordenham (Sperrn über die Bauten der Metallwerk-Aktionsgesellschaft), Glesmarode (Sperrn über den Neubau des Schöninger Bahnhofs), Grussendorf (Sperrn über Thiele aus Lehre);

Hessen:
Rinteln (Sperrn über Ackemann in Oberkirchen und Ebaling in Vehlen);

Westfalen und Rheinland:
Elberfeld-Barmen (Sperrn über den Unternehmer Wipperfurth aus Gerresheim und über die Arbeiter der Firma Diederich & Co. aus Stettin an der Gasanstalt), Düsseldorf-Benrath (Sperrn über Zensen), Kaiserswerth (Sperrn über die Bauten der Diakonissenanstalt), Castrop (Sperrn über Kleine, Lamperts und Velleuer), Solingen (Sperrn über Fischer);

Baden-Pfalz, Elsass-Lothringen:
Hagloch (Sperrn über Steidel), Mühlhausen (Sperrn über Trapp, Entwässerungskanal);

Bayern:
Flakirchen (Sperrn über Sterzer), Bayreuth (Sperrn über Hoffmann, Realschule);

Fliessenleger:
Kiel (Differenzen);

Isolierer und Steinhölzleger:
Celle (Streik bei der Firma Haacke & Co., auch bei deren Filialen in Berlin und Hamburg), Mannheim-Ludwigshafen (Sperrn über die Mannheimer Isolierwerke und die Korksteinfabrik);

Schweiz:
Olten (Streik), Bern (Differenzen);

Oesterreich:
Jicin, Kladno, Kralup, Ledec a. S., Prossnitz, Triesch.

Gau Bremen.

In Vortum ist zur Zeit, den Verhältnissen entsprechend, viel Arbeit. Es wird dort eine Kaserne und eine große Verlängerung der Strandmauer gebaut, woran gegenwärtig 48 Maurer beschäftigt sind. Die Arbeitszeit ist 11 Stunden und die Stundenlöhne betragen bei der Kaserne 50 A und bei der Strandmauer 60 A. Da ist es nicht verwunderlich, wenn die Kollegen nicht länger als zehn Stunden arbeiten wollen. Aber die Verhältnisse liegen eigentümlich: die Vorkamer eingesessenen Maurer sind gegenwärtig noch beim Bodenbau beschäftigt, und die jetzt beim Mauern beschäftigten sind ledige, angelernte Verbundkollegen, während die Vorkamer Maurer dem Verbands nicht angehören und auch gar nicht organisationsfähig sind. Nun haben wir den Unternehmer, die Forderung der zehnstündigen Arbeitszeit und eines Stundenlohnes von 65 A unterbreitet. Aber die Unternehmer verfallen sich absetzen und füllen sich dabei auf ihre eingesessenen Maurer. Als der Gantvorsteher mit dem Vorstehenden des Arbeitgeberverbandes eine Besprechung dergleichen hatte, meinte der Herr, die eingesessenen Maurer wollten lieber zwölf Stunden den Tag als weniger arbeiten. Doch es unter solchen Verhältnissen schwer halten wird, die zehnstündige Arbeitszeit durchzuführen, ist selbstverständlich. Schon im Jahre 1901 bis 1902 war auf Vortum verlaglich die Arbeitszeit auf zehn Stunden festgelegt. Aber auch damals haben die Vorkamer eingesessenen Maurer diese Erzeugungsfähigkeit mit Füßen getreten und die elf- und zwölfstündige Arbeitszeit wieder eingeführt. Eine Versammlung, die sich am 11. August mit der Frage beschäftigte und von fast allen Kollegen besucht war, hielt einstimmig an der gestellten Forderung fest. Am dem Verhalten der Vorkamer eingesessenen Maurer wird es liegen, ob die Forderung durchgeführt werden kann.

Dass es in Vortum nicht möglich sein wird, diese Forderung ohne Kampf durchzuführen, beweist folgendes Schreiben der Unternehmer an den Kollegen Sibbesen:

Gemäß Absprache mit Kollegen B. B. Adernann, haben wir heute eine Versammlung abgehalten und beschlossen, daß wir jede Verhandlung mit Ihnen ablehnen.

Gochstedt
J. J. Adernann, F. Ferdinands, Jakobus Dylar, J. F. Adernann, J. Wernenga, P. B. Adernann.

Dies klare Ablehnen jedes Verhandlungsversuchs können sich die Unternehmer nur darum gefallen, weil sie in den nicht organisierten eine große Stütze zu haben glauben. Es muß darum noch einmal versucht werden, ihnen diese Stütze zu entziehen.

In Osnabrück streiken die Fuhrwerksbesitzer mit ihren Arbeitern gegen die Maurermeister. Die Forderung ist unbekannt. Aus diesem Grunde sind schon eine Anzahl Kollegen arbeitslos geworden.

Die Emdener Unternehmer können sich über den Schiedsspruch, der in Berlin gefällt wurde, noch nicht beruhigen; sie haben diesfalls noch Protest eingelegt, nur wissen sie nicht recht, wo sie ihn anbringen sollen. Auch die Emdener Unternehmer müssen sich fügen.

In Nordhorn wollen die Unternehmer noch immer kein Vertragsverhältnis mit uns eingehen, obgleich ihnen das von dem Bezirksverband des West-Emsgebietes nahe gelegt worden ist. Nach Beendigung der Baubauzeit werden wir noch ein Wortchen mit den Unternehmern darüber reden müssen. Es wird sich ja zeigen, wie sich die Christen benehmen werden.

Gau Hannover.

Die Unternehmer flücht der Gaser. Das kann man alle Tage aufs neue erfahren. In Eschlag a. S., zum Zweigverein Braunschweig gehörend, hatten die Maurer- und Zimmerer im vergangenen Jahre eingesehen, daß ohne Organisation eine Besserstellung ihrer wirtschaftlichen Lage nicht zu erreichen war und schlossen sich in großer Zahl ihren Berufsverbänden an. 1907 war die Bauschlichtung gut. Die Unternehmer wagten es daher nicht, gegen die Organisation vorzugehen. In diesem Jahre glauben sie aber den richtigen Zeitpunkt zur Zerschöpfung der ihnen unangenehmen Arbeiterorganisation gekommen zu sehen. Vor drei Wochen wurden plötzlich bei dem Maurermeister Meier fünf Maurer entlassen wegen „Mangels an Arbeit“. Eigentümlich war es aber, daß die unorganisierten und unglücklichen Maurer in Arbeit blieben und die besten und ältesten Maurer entlassen wurden. Doch mit dieser Entlassung sollte nur eine Provokation der Bauhandwerker herbeigeführt werden. Die Arbeiter gingen aber nicht auf diesen Reiz, sondern ließen sich diese Massenentlassung für lächerliche Beschäftigung gefallen. Jetzt hat der größte Unternehmer „am Orte“ der Maurer- und Zimmermeister, Paumen Schmidt, jedoch größeres Geschäft aufgegeben. Am vergangenen Sonnabend hat er seine sämtlichen Zimmerer vor die Alternative gestellt, entweder zu unterzeichnen, daß sie keinem anderen Verbands angehören wollen, oder sie seien entlassen. Versandsbrüder dulde ich nicht“, sagte Herr Paumen Schmidt. Zehn Zimmerer haben ihre Zustimmung nicht verweigert und sind der Sache treu geblieben. Die Stehendgebliebenen sind selbstverständlich die „Küchtligen“. Der Stundenlohn beträgt in Eschlag 36 A pro Stunde, das Pfund Butter kostet dort soviel wie in der Stadt. Die Maurer hatten im Frühjahr eine Lohnforderung eingereicht und forderten 40 A. Am Streifen dachte aber unter den jetzigen Verhältnissen keiner der Arbeiter, obgleich die hiesigen Unternehmer den Gesellen auf den eingereichten Lohnsatz nicht einmal antworteten. Die Arbeitgeber sind organisiert und gehören dem Bezirksarbeiterverband von Salzgitter a. S. an. Vorstehender ist H. Koch in Salzgitter. Es wird vermutet, daß am nächsten Sonnabend weiterer Terrorismus an den Maurern geübt wird. Kein Maurer oder Zimmerer darf in Eschlag und Umgegend vorläufig in Arbeit treten, ohne sich vorher auf dem Verbandsbureau in Braunschweig, Werder 32, erkundigt zu haben.

Gau Magdeburg.

In Staßfurt wird weiter gekämpft. Was diesen Kampfe eine über den Ort hinausreichende Bedeutung gibt, ist das Verhalten der Unternehmer. Die Kollegen kämpfen für einen höheren Lohn, aber die Unternehmer streben sich dagegen, als wenn die Lohnsteigerung ihren völligen Ruin ausmache. Daß das aber nicht so ist, sieht man daran, daß sie den jetzt angenommenen 50 Italienern mehr an Lohn zahlen als unsere Kollegen verlangen und ihnen noch obendrein Wohnung und Brot, Kohle und Meißelgeld gewähren. Was man den eigenen Landbluten, den „Vollsgenossen“, wie man patriotisch sagt, vorenthalte, das gibt man den landfremden Sonnenbrüdern. Das ist zwar nichts ungerechtes, aber selten haben es die Unternehmer bisher getan, wenn die Forderung der Arbeiter zu gering war, wie in diesem Falle. Unsere Kollegen werden zu entscheiden haben, ob sie den Kampf unter diesen Umständen fortsetzen wollen. Wenn sie sich für Beendigung entscheiden, dann wird es nur darum geschehen, um die Kräfte zu schonen, die man ja bald wieder brauchen wird. Denn selbst, wenn sie vorläufig von der Weiterführung des Kampfes absehen, so mögen sich die Unternehmer sagen, daß sie dann noch nicht verloren sind. Das so erinnernde Sieges würden sie sicher nicht froh werden; Das mögen sie sich selbst sagen.

Gau Mannheim.

Vom Zweigverein Karlsruhe wird berichtet: Die in Nr. 32 des „Grundstein“ bekannt gegebene Sperrn ist aufgehoben, und zwar ergibt sie mit vollem Erfolg für die Kollegen. Jedenfalls können wir besapfen, daß trotz der riesigen Arbeitslosigkeit kein einziger Kollege die Lust verlor, bei uns für ein gutes Recht kämpfenden Kollegen in den Mann zu fallen. Das wäre vor fünf Jahren noch möglich gewesen, aber heute sind die Kollegen vom Zweigverein Karlsruhe so weit, daß jeder, auch wenn er heute noch nicht Mitglied der Organisation ist, nichts Erdärmendes kennt, als Streikbrecher zu spielen. Einzelne Unternehmer sind heute noch der Meinung, daß es immer noch zum Vorteil der Maurer gibt; das zeigt folgende Anzeige, die der Unternehmer Maag an 8. August im „Karlsruher Tagesblatt“ veröffentlichte. Sie lautet:

Maurer.

Vier bis fünf Mann, welche nicht im Verband sind, können Arbeit finden: Neubau Schöndelstr. 5.

Glück hatte Herr Maag mit dieser Anzeige aber nicht, denn kein unorganisierter Maurer ist zu seiner Rettung erschienen. Als diese Anzeige ohne Erfolg war, wurde ein anderes Mittel versucht, und zwar nicht vom Unternehmer Maag, sondern gemeinschaftlich vom Architekten, Bauherrn und Baufreileger. Es war ein Mittel recht zweifelhafter Art; Herr Maag sollte auf die Seite geschoben werden und an seiner Stelle sollte ein anderer Unternehmer den Bau fertig stellen. Aber o weh, auch damit hatten die Herren kein Glück, denn kein einziger Unternehmer hatte dazu Lust. Wohl oder übel mußten die Herren Spezialanten die Forderungen der Maurer bewilligen; diese bestanden in folgendem: 1. An Entschädigung wurde an die streikenden Maurer und Bauhilfsarbeiter von dem Bauherrn Wagner die Summe von M. 400 bezahlt. 2. Der Baufreileger mußte eine schriftliche Sicherung geben, daß er für den Lohn der Arbeiter an genannten Bau auskomme. 3. Der Architekt Schläglinweit, welcher während der Sperrn einmal erklärt hatte, daß von den „Kerlen“, die an dem Streik beteiligt sind, keiner mehr beschäftigt werden soll, mußte diese Äußerung zurücknehmen und ruhig zugeben, daß sämtliche „Kerle“ wieder weiter beschäftigt werden. Alles in allem können die Maurer und Bauhilfsarbeiter auf diesen Erfolg stolz sein; es hat sich wieder, einmal gezeigt, daß eine gute Organisation auch in Zeiten einer solchen Bauschlichtung den Mitgliedern zu ihrem Recht verhelfen kann. Der bis jetzt noch unorganisierten sowie den organisierten wankelmütigen Kollegen wollen wir an dieser Stelle ein Herz legen, daß sie erstens so rasch wie möglich Mitglied der Organisation werden und der Organisation das nötige Vertrauen entgegen bringen. Im kommenden Jahre werden wir im Zweigverein Karlsruhe in einen Bauschlichtung geführt; es ist deshalb vor allen Dingen eine gut ausgearbeitete Organisation notwendig. Kein einziger Maurer darf in den Zentralverband der Maurer fallen. Anmeldeungen zur Organisation werden in Karlsruhe, Durlacherstraße 31, entgegen genommen.

Gau München.

Kaum daß durch die Tarifabschlüsse der Friede im Baugewerbe gesichert erscheint, beginnt auch schon wieder die Stürmerei seitens einzelner Arbeitgeberverbände.

In Traunstein befindet sich ein kleiner Gernegroß namens Franz Schmidt, der auch heute noch die Arbeiter als willenlose Subjekte zu betrachten scheint. Wiederholt kam es auf seinen Bauplänen bereits zu Differenzen, die damit endeten, daß einzelne Arbeiter entlassen wurden, während andere wieder freiwillig dem gottlichen Heim den Rücken kehrten. Herr Schmidt glaubte nun einen gewaltigen Schlag führen zu können; er wollte sich an den Arbeitgeberverband Traunstein und dieser war gutmütig genug, sich von Herrn Schmidt entfangen zu lassen. Der Vorsteher des Arbeitgeberverbandes legte sich auf die Hosen und fabrizierte ein Zirkular, das die Namen von sieben „Schwerverbrechern“ enthielt, und sandte den Brief an die Arbeitgeberverbände mit dem dringenden Ersuchen, die vier Maurer und drei Bauhilfsarbeiter nicht einzustellen oder halbtags wieder zu entlassen. Ein solches Wälken blüht jedoch nicht lange im Bergbezogen, so wachte sich der Gantvorsteher an den Arbeitgeberverband Traunstein mit dem Verlangen, das Zirkular zurückzugeben, mitbringen sollte eventuell noch 5 1/2 des H.-G.-D. und 823 des H.-G.-D. vorgegangen werden würde. Die Sache ist nun dem Bezirksverband der Arbeitgeber zur Schlichtung überwiesen; aber das sei schon heute gesagt, daß wir uns eine derartige brutale Gewalttat nicht bieten lassen. Auf einem ebenfalls von Schmidt aufgestellten Reklamé wäre es kürzlich fast zur Arbeitsentlassung gekommen. Schmidt wollte nämlich plötzlich die Löhne der Maurer um 5 A pro Stunde herabsetzen. Erst als der Gantvorsteher die Sache unterfuchte, beugnete sich Schmidt zur Weiterzahlung des bisherigen Lohnes. Bei Verrechnung der Beiträge zur Kranken- und Invalidenversicherung „irte“ sich Schmidt bereits seit längerer Zeit dazwischen, daß den Arbeitern monatlich 10 A zuzulohn vom Lohne abgezogen wurden. Es bedurfte ebenfalls einer Mahnung, um diesem Mißstände abzuhelfen. Die Organisation wird jederzeit dafür sorgen, daß die Bäume dieses Herrn nicht in den Himmel wachsen.

In Mühldorf a. I. führt Baumeister Schmidmeier das Gezeir in Arbeitgeberverband. Er kann es gar nicht verschmerzen, daß durch den heutigen Tarifabschluß eine Lohnsteigerung von 3 A pro Stunde innerhalb zweier Jahre eingetreten ist. Daran ist nun nicht mehr zu denken, und so will sich Herr Schmidmeier damit begnügen, daß der Zuschlag von 5 A für Lieberführung gestrichen werde. Aber der Zuschlag steht nun einmal im Vertrag und Herrn Schmidmeier wird es nie gelingen, ihn wegzubspalten. Unsere Kollegen werden dafür sorgen, daß ohne den Zuschlag jede Lieberführung streng vermieiden wird, auch wenn die Arbeit noch so bringend sein sollte.

Außerdem wird sich in den nächsten Tagen eine Versammlung mit der Angelegenheit zu befassen haben; sie wird Herrn Schmidmeier schon die richtige Antwort geben. Wenn Schmidmeier geregelte Verhältnisse nicht haben will, wir weihen der Freundschaft dieses Herrn keine Träne nach.

Isolierer und Steinhölzleger.

Celle. Der Streik der Isolierer bei der Firma Haacke & Co. dauert nun bereits die neunte Woche ununterbrochen fort. Die Firma verharret nach wie vor auf ihrem hartnäckigen Standpunkt und will momentan weder von einer Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen etwas wissen, noch will sie die von ihr gemieteten Arbeiter wieder einstellen. Unter diesen Umständen ist vorläufig an eine Beendigung des Streiks nicht zu denken. Die streikenden Kollegen in Celle stehen heute noch so fest als am ersten Tage; nur zwei Mann sind bisher untreu geworden; der eine von ihnen auch nur durch die Drohung der Firma, seinen alten Vater, der in der Fabrik beschäftigt ist, aufs Pfaster zu werfen, wenn er nicht die Arbeit bei der Firma wieder aufnehmen würde. Dafür sind aber zwei andere hinzugekommen. Von der Firma wird versucht, die Defensivität dadurch irre zu führen, daß sie behauptet, die von ihr gezahlten Löhne seien keineswegs niedriger als bei anderen Konfirmentenfirmen, und im Afford verbieten die Isolierer noch bedeutend mehr als anderwärts. Um zu zeigen, wie es in Wirklichkeit damit ausseht, ist es nötig, daß wir einige Beispiele anführen. Der Stundenlohn für selbständige Isolierer beträgt 55 bis 60 A, für einige ältere ausnahmsweise 65 A, ohne irgend eine Randzulage. Würden nun sämtliche Arbeiten im Lohn ausgerechnet werden, so stünde sich der Wochenlohn auf M. 33 bis M. 39. Da nun aber sämtliche

Arbeiten von 20 Quadratmetern an aufwärts in Accord auszuführen. So ist der wöchentliche Verdienst in den meisten Fällen — tatsächlich — bedeutend niedriger. So hat z. B. ein seit längerem Jahren bei der Firma beschäftigtiger Florenter in sieben Arbeitstagen einen Verdienst von sage und schreibe M. 17.78. Bei den jetzigen hohen Lebensmittelpreisen ist nun unter M. 2.50 bis M. 3 ein Tag außerhalb nicht mehr zu bekommen. Nun will aber die Familie daheim auch leben. An Abschlagn erhält der Mann pro Woche M. 40, wovon M. 12 bis 15 an die Familie gezahlt werden. Da kann es nicht wunder nehmen, wenn sich der Mann zu Weisungen eines Vorstehers von einigen hundert Mark erarbeitete hat. Ausgenommen sind einige Fälle, wenn der Florenter durchschnittlich bessere Arbeit gehabt hat. Diese besseren Arbeiten erhalten aber nur die Arbeiter, die bei der Firma gut angesehene sind, also z. B. solche, die sich auch jetzt wieder bei der Firma durch gute Stimmung beliebt gemacht haben. Nun zu den Hilfsmonitoren: Diese erhalten einen Stundenlohn von 45 Pf., der vom Arbeiterverdienst des Florenters aber auch noch abgeht. So sind Beispiele zu vergeichen und sie sind keineswegs berechtigt, wo der Helfer M. 1 bis M. 2 pro Tag mehr verdient als der Florenter. Bedeutend man aber andererseits, daß die Hilfsmonitore auch nicht verheiratet sind, so ist ihr Lohn keineswegs bedeutend. Daher ist an einen Frieden mit dieser Firma nicht zu denken, denn die Streikenden sind entschlossen, bis zum Ausheften auszuhalten und werden nicht früher ruhen, bis ihre durchaus gerechten Forderungen anerkannt sind.

Die Bautätigkeit im ersten Halbjahr 1908.

V.

Gau München. (Südbayern.)

Die Bautätigkeit im südlichen Bayern steht im Zeichen der Krise. In fast allen Orten herrscht Arbeitslosigkeit. In München war die Konjunktur im Frühjahr gelegentlich der Ausstellungsbauten und Götterumbauten gut, so daß die Nachfrage nach Maurern nicht immer gedeckt werden konnte. Sobald jedoch diese Bauten fertiggestellt waren, trat ein gewaltiger Rückschlag ein, so daß 300 bis 400 Kollegen arbeitslos wurden. Ein beträchtlicher Teil dieser Kollegen reiste von München ab, um sich in anderen Orten, teilweise in ländlichen Bezirken, ihr Brot zu suchen. Gegenwärtig hat sich die Bautätigkeit in München allerdings wieder etwas gehoben, so daß die Arbeitslosigkeit nicht mehr von Bedeutung ist. Ende März, also in der Zeit, wo Nachfrage nach Maurern vorhanden war, waren 194 Arbeitsstellen vorhanden. Anfang Juli waren es deren 202. Die Zahl der beschäftigten Kollegen dürfte jedoch trotz der größeren Zahl der Arbeitsstellen jetzt bedeutend geringer sein, da mit Fertigstellung der Ausstellungsbauten und Götterumbauten die Zahl der größeren Bauten erheblich abgenommen hat. Offentliche Bauten sind in letzter Zeit nicht neu in Angriff genommen worden. Gearbeitet wird gegenwärtig am Verkehrsmuseum, Schwabinger Krankenhaus, Universitätsweiterbildungsbau, Volkshaus, Gasanstalt Moosach, Armenhäuser, Verwaltungsgebäude, vier Schulhäuser und vier Kanalbauten. Wären nicht diese öffentlichen Bauten vorhanden gewesen, so würde die Arbeitslosigkeit noch viel einschneidender gewesen sein, da noch vor einigen Wochen die private Bautätigkeit infolge der hohen Geldpreise sehr gering war. Gegenwärtig hebt sich die private Bautätigkeit wiederum ziemlich, und es ist auch für die Zukunft mit Sicherheit auf eine gute Konjunktur zu rechnen.

In Augsburg ist die Konjunktur mittelmäßig, allerdings hat sie sich gegen die vorigen Jahre bedeutend verschlechtert. Seit dem Frühjahr ist wieder eine Besserung nach einer Verschlechterung eingetreten. Die Zahl der Neubauten ist gering, dagegen sind ziemlich viele Umbauten und Reparaturarbeiten vorhanden. Ueber Arbeitslosigkeit ist nicht zu klagen, jedoch sind die Maurer mehr als genügend, obwohl schon im vorigen und noch mehr in diesem Jahre ziemlich viel Kollegen von Augsburg abgereist sind.

In fast allen anderen Orten von einiger Bedeutung herrscht große Arbeitslosigkeit oder sind die Kollegen wenigstens ganz ungenügend beschäftigt. Die Kollegen sind gezwungen, auf das flache Land zu gehen und an Neu- und Umbauten von Bauernhöfen zu arbeiten. Seit dem Frühjahr hat sich die Konjunktur nur in ganz wenigen Zweigvereinen gehoben, in den meisten ist sie gleich schlecht geblieben, in ungefähr einem Drittel der Zweigvereine hat sie sich seit dem Frühjahr verschlechtert. Die Aussichten für die nächste Zukunft sind keineswegs günstig. Von schlimmem Einfluß werden die in diesem Jahre außerordentlich zahlreichen Hagelschläge in unserer Gegend sein, die in ländlichen Bezirken und in Kleinstädten die Bautätigkeit immer ganz bedeutend vermindern. Glücklichlicherweise haben die Kollegen Südbayerns in den letzten sechs Jahren den Weg zur Organisation gefunden. Würde heute nicht der deutsche Maurerverband als Machtfaktor dastehen, so hätten sich die Kollegen fast allorts ungeheuerliche Lohnreduzierungen gefallen lassen müssen. All diese Verträge wurden bisher zurückgewiesen, und es ist uns trotz schlechter Konjunkturlagen, im heutigen Jahre bereits 18 Tarifverträge abzuschließen, die nicht nur die Lohnbrüder unterbinden, sondern den Kollegen allorts auch einen Schritt vorwärts geholfen haben.

Gau Nürnberg. (Nordbayern.)

In unserem Gau kann die derzeitige Baukonjunktur im Durchschnitt als mittelmäßig bezeichnet werden. In Nürnberg und Fürth war sie im Frühjahr schlecht, so daß einige hundert unserer Kollegen arbeitslos waren. Zu Beginn des Monats Mai hat sich die Arbeitslosigkeit gebessert, und jetzt im Juli ist die Baukonjunktur in beiden Städten gut. In den Städten Bamberg, Bayreuth, Bad Kissingen, Regensburg und Würzburg ist die Konjunktur sehr schlecht; von den genannten Orten um Arbeit bemühen, oder aber sie müßten verziehen, in einem anderen Verste Arbeit zu finden, was aber auch nicht leicht möglich war, da mit wenigen Ausnahmen alle Fabrikbetriebe mit Arbeitsmangel zu rechnen haben. In Bamberg, Ansbach, Altdorf, Erlangen, Forchheim, Gelnhausen, Gersbrunn, Kronach,

Rauf, Mitterteich, Rehau, Roth a. E., Rothenburg a. d. T., Schwanau, Seibitz und Weidenburg a. d. T. ist die Konjunktur mittelmäßig und sie wird auch in diesem Jahre nicht mehr besser werden, an einzelnen von oben genannten Orten wird sogar das Gegenteil eintreten. Auch in dem Oberfränkischen Industriebezirk vom Hof bis Bamberg, Marktredwitz und Regensburg ist in diesem Jahre die Baukonjunktur nur mittelmäßig, da in den meisten Zertifikats- und Borgellandfabriken die Aufträge ausgeblieben sind. In Hof war wohl zu Beginn des Jahres die Bautätigkeit gut, sie flaut aber seit einigen Wochen bedeutend ab und fast jede Woche finden Arbeiterentlassungen statt, so daß dann, wenn diese Zeiten in die Hände der Kollegen kommen, die Konjunktur auch in Hof daüberlegen wird. Als sehr gut kam die Bautätigkeit nur an vier Orten gelten, und dies sind Kitzingen mit seiner Umgebung, Schwandorf, Schweinfurt und Tübingen. In letzterem Orte werden zur Zeit von den Unternehmern nach Maurern gesucht und seit Jahren hatten diese nicht so viele Arbeiter beschäftigt wie jetzt. Auch in Kitzingen, in der Gegend von Gungenhausen bis Eichstätt, ist die Bautätigkeit nur mittelmäßig bis gut, was aber auf Eichstätt selbst nicht mehr zutrifft. In den rein ländlichen Städten und Bezirken wird in diesem Jahre nicht mehr gebaut als in den letzten beiden Jahren, wohl aber mehr als in den vorhergehenden Jahren, wodurch ein Teil unserer Kollegen auf dem Lande Arbeit gefunden hat, so daß die größeren Orte und Städte etwas von altem großen Hunger verdrängt bleiben. Die Arbeitslosigkeit erstreckt sich mit ganz wenigen Ausnahmen auf alle Zweige des Baugewerbes. Die Bautätigkeit ist zum größten Teile privat, nur an einigen Orten sind neue Fabrikanlagen in Angriff genommen worden. Auch die staatliche, provinciale und kommunale Bautätigkeit ist nicht von besonderer Bedeutung. Größere staatliche Bauten sind uns bekannt in Regensburg (Kasernenbau) und Bamberg (Oberrealschule). Die Gemeinden führen zur Zeit nur die allernotwendigsten Bauten aus, wohl jedenfalls infolge des teuren Geldes, und daher sind uns zur Zeit größere Bauobjekte gar nicht bekannt. Einige Verhörsanfragen führen zur Zeit Sanatoriumsneubauten aus, die aber Arbeiter in nennenswerter Anzahl auch nicht benötigen. Alles in allem kann daher, wie oben bereits erwähnt, die Bautätigkeit nur als mittelmäßig bezeichnet werden.

Gau Erfurt.

(Thüringische Staaten mit Einschluß des Regierungsbezirks Erfurt und des sachsenischen Kreises Schmalkalden, mit Ausschluß der beiden Meuse.)

Die allgemeine Konjunktur im Frühjahr resp. im ersten Quartal d. J. war nur mittelmäßig. In den Quartalsberichten für das erste Quartal bezeichneten 14 Zweigvereine die Arbeitslage als schlecht, 29 als mittel und 3 als gut. In einzelnen Städten, wie Eisenach, Salungen, Weimaringen, Weimar und Sonneberg war, an der Zahl der beschäftigten Kollegen gemessen, die Konjunktur sogar sehr schlecht.

In Eisenach war die Arbeitslosigkeit besonders stark. Während im Sommer 1907 an 500 Kollegen beschäftigt waren, wurden im April nur 100 gezählt. Von einer allgemeinen Besserung kann, soweit bis heute die Berichte aus den Vereinen vorliegen, auch im zweiten Quartal nicht gesprochen werden. Das Auf- und Ab in einigen Vereinen ist nicht im Stande, das allgemeine Bild zu verändern. Wir können also erklären, an der allgemeinen mittelmäßigen Konjunktur hat sich auch im zweiten Quartal nichts geändert.

In Erfurt hat die Zahl der Beschäftigten noch im zweiten Quartal nachgelassen. Im Jahre 1907 wurden vor dem Streik über 900 Kollegen gezählt; im ersten Quartal 1908 waren es 820 und im zweiten Quartal nur 588. Auch die Zahl der Bauten hat im zweiten Quartal um 9 abgenommen, von 120 auf 111. In dieser Zeit wurden 48 Bauten fertig und 39 neu angefangen.

Die Spekulation in allen den Städten, wo sie sonst vorhanden war, hat ganz bedeutend nachgelassen. Beeinflusst wurde die Arbeitslage in Erfurt durch den Bau von zwei großen Schulen und einigen größeren industriellen Anlagen, in Eisenach durch den Bau zweier bedeutender Bauten, in Weimaringen durch den Neubau des Hoftheaters.

Eine Ausnahme macht nur Jena; dort wird sowohl auf Bestellung wie auf Spekulation gleich stark gebaut und in Jena ist die Lage im zweiten Quartal ebenso geworden. Durch die allgemeine geringere Bautätigkeit im ganzen Gau sind viele Kollegen gezwungen worden, abzureisen und andere wieder müssen sich andere Arbeitsgelegenheit bei Erdarbeiten usw. suchen.

Gau Magdeburg.

(Anhalt, Teile von der Provinz Sachsen und von Braunschweig.) Die Bautätigkeit ist durchschnittlich sehr gering. Im Hauptorte des Gaues, in Magdeburg, ist die private und Spekulationsbautätigkeit fast vollständig eingestellt. In den ersten vier Monaten der letzten Jahre wurde nach den Angaben des statistischen Amtes die Genehmigung zur Erbauung von Wohnhäusern erteilt im Jahre 1906 in 41 Fällen, 1907 in 55, und 1908 in 27 Fällen. Abbauabnahmen von Wohnhäusern in den ersten vier Monaten des Jahres erfolgten 1906 in 43 Fällen, 1907 in 38 und 1908 in 25 Fällen. Von einer Bautätigkeit in den größeren industriellen Unternehmungen ist ebenfalls sehr wenig zu hören. Der Neubau der Wölfschen Maschinenfabrik auf dem Fernerseeberg-Gelände geht seiner Vollendung entgegen. Auf dem Krupp-Gelände wurden einige bauliche Veränderungen in Montage 3 und im Kantinegebäude vorgenommen. Dagegen wird seitens des Eisenbahnsystems ziemlich stark gebaut. Die Anlage des neuen Güter- und Rangierbahnhofs auf dem Motenzer Gelände erfordert eine Reihe Ueberführungen und Brückenbauten, bei denen Hunderte von Erdbearbeitern und auch eine große Anzahl Maurer beschäftigt sind. Seitens der Stadt ist ein größerer Schulbau ausgeführt. Die Arbeitslosigkeit ist zur Zeit nicht so stark wie im frühen Frühjahr, immerhin

sind wohl im Durchschnitt 150 bis 200 Kollegen arbeitslos. Eine große Anzahl ist auch abgereist, sonst würde die Zahl der Arbeitslosen viel größer sein. In Halle a. S. steht die Konjunktur auf der Höhe des vorigen Jahres. Die Privatbautätigkeit ist sogar besser geworden. Auch die Katernerbauten haben noch ein Teil der Arbeitskräfte in Anspruch genommen. Jetzt scheint eine gute Konjunktur im Auge zu sein. Die Baugelder fließen zum Zinsfuß von 6 pzt. zur Verfügung, was die Spekulationsbautätigkeit zweifellos vorteilhaft beeinflussen wird. Dann sind einige größere fiskalische und kommunale Bauten (Justizpalast, Gasanstalt usw.) in Aussicht genommen.

In Stendal, der altmärkischen Metropole, ist die Konjunktur ziemlich gut. Nach einer am 18. Mai aufgenommenen Statistik waren 25 Neubauten in Betrieb. Die Stadt hat eine Ueberschuss von 3½ Millionen Mark aufgenommen, die hauptsächlich auf Baugewerben verwendet werden soll. Neben der Sanifikation, die nächsten angefangen werden soll, soll auch ein Schulhaus mit 21 Klassen nach dieses Jahre im Herbst fertig werden. Von den übrigen Orten der Altmark ist es noch Tangermünde und Bitterfeld-Tangerhütte, in denen die Konjunktur bisher zufriedenstellend war. In allen übrigen Orten herrscht zum Teil bedeutender Arbeitsmangel.

In der Lutherstadt Eisleben ist die Konjunktur zufriedenstellend. Die Sanifikation nimmt eine Menge Arbeitskräfte in Anspruch. Im Spätsommer kann, da einige Staats- und Kommunebauten in Aussicht stehen, die Konjunktur sogar sehr gut werden.

Auch im Saalfürter Lohngelände war die Konjunktur bisher befriedigend.

Aus den übrigen nicht genannten preussischen Orten des Gaues läßt sich durchgängig sagen, daß die Konjunktur hinter der des vorigen Jahres wesentlich zurückgefallen, also sehr unbefriedigend ist.

Dasselbe läßt sich auch für ganz Anhalt, speziell für Dessau, Bernburg, Eilenburg, den drei hauptsächlich in Betracht kommenden Orten sagen. Die Spekulationsbautätigkeit traut sich nirgend heraus, und wo das der Fall ist, spaltet es später mit den Hypotheken.

Gau Leipzig.

(Teile von Königreich und der Provinz Sachsen, Altenburg und die beiden rheinischen Länder.)

Ueber die Konjunktur im Baugewerbe wurde in der ersten Aprilwoche bei 61 Mitgliedschaften Umfrage gehalten. Von diesen antworteten 36, daß die Bautätigkeit voll aufgenommen sei, die übrigen bejahten diese Frage, sprachen aber die Hoffnung aus, daß sich die Bautätigkeit noch besser werde. Diese Hoffnung scheint sich bestätigt zu haben. In der letzten Woche im Juni wurde eine zweite Umfrage, hauptsächlich in den mittleren Städten, veranstaltet. Aus Altenburg, Grimnitzschau, Greis, Gera, Halle, Leipzig, Penig, Naumburg, Ronneburg, Jena wurde über leibliche Bautätigkeit berichtet. In Chemnitz, Bitterfeld, Burgk, Eilenburg, Weimar, Bernburg, Merseburg, Reichenbach, Werbaun und Zeitz war gute Baukonjunktur, nur für Pauen, Borna und Weissenfels wurde über eine schlechte Bautätigkeit berichtet.

Ausgeführt werden in der Hauptsache Privatbauten. Die Spekulationsbauten sind im allgemeinen zurückgegangen. In einigen Städten werden auch städtische und Staatsbauten ausgeführt. Wohnungsbau besteht fast in allen Städten außer Pauen; hier stehen 8 pzt. der vorhandenen Wohnungen leer. Die Bautätigkeit dürfte sich in Pauen jedoch auch nicht bessern. Die Einwohnerzahl Pausens ist seit April um 1000 Personen zurückgegangen.

In Leipzig hat sich die Bautätigkeit bis jetzt nicht so entwickelt, wie im Frühjahr angenommen werden mußte. Die Stadtembeide ist mit ihren Unternehmungen zurückgefallen, d. h. es sind in der Angriffsphase von Bauten erhebliche Verzögerungen eingetreten.

Die Baupolitik infolge der schweren Beschaffung von Hypotheken knapp. Von den am Orte befindlichen drei gemeinnützigen Baugesellschaften wurden ebenfalls fünfzig Wohnhäuser errichtet. Die Gesellschaften erhalten Hypotheken von den Landesversicherungsanstalten. Werden diese Gesellschaften die Verteilung von Arbeiterwohnungen nicht unternehmen haben, so wäre die Wohnungsfrage für die Arbeiter noch eine weit schlimmere Sache als die jetzt ohne den der Fall war.

Wie die Zahl der in Leipzig beschäftigten Maurer zurückgegangen ist, zeigen folgende Zahlen. Am 1. Juli 1907 waren 4920 Maurer beschäftigt, am 1. Juli 1908 dagegen nur 4412. Zu bemerken ist noch, daß die Zahl von 1907 geringer ist als die Zahl von 1906, ebenso ist die Zahl von 1906 geringer als jene von 1905. Seit dem Jahre 1905 ist eine allmähliche Abnahme der beschäftigten Maurer festzustellen, so daß heute gegen das Jahr 1904 etwa 900 Maurer weniger beschäftigt sind.

Ueber den Leipziger Hypotheken- und Grundstücksmarkt vom Monat Juni wird folgendes berichtet: Im Monat Juni hat sich die Lage des Hypothekenmarktes nicht gebessert. Wenn auch die neuerliche Diskontherabsetzung auf 4 pzt. von einer zunehmenden Geldflüssigkeit zeugte, so war von dieser auf dem Hypothekenmarkt doch noch wenig zu bemerken; sie betrafte allerdings einen etwas besseren Absatz der Hypothekendarlehen. Da die Sparkassen fortgesetzt mehr Spargelder zurückzahlen haben, als bis ihnen eingeleitet werden, kommen diese als Geldgeber fast gar nicht in Betracht, und auch Privatgelder werden nur mäßig angeboten. So waren die Darlehenssucher in der Hauptsache auf die Hypothekenbanken angewiesen, die aber auch den Bedarf nicht zu decken vermochten.

Bei dieser Sachlage konnte von einer Veränderung des Zinsfußes für Hypothekendarlehen nicht wohl die Rede sein. Es wurden gezahlt für mindere Hypotheken im großen und ganzen 4½ bis 4¾ pzt., sonst für gute erste Stellen in der Altstadt Leipzig und in den Vororten 4½ bis 4¾ pzt. Für zweite Hypotheken betrug der Zinsfuß 5 pzt., in einzelnen Fällen 5½ pzt. Der Grundstücksmarkt zeigte einige Erholung. Dies gilt wenigstens von bebauten Grundstücken, bei denen, gegenüber dem Mai, eine Zunahme von über 2 Millionen Mark und gegen den

waren im Maurer begreifen 233 (311), im Fuß 193 (259), beim Nachbieren 114 (120). — An den 527 Baustellen waren beschäftigt 3549 Maurer (4333). Von diesen sind im Verband organisiert 3065 (3817), unorganisiert 155 (216), in der „freien Vereinigung“ 325 (285), 1906 (324), 1905 (428), 1904 (451), im „christlichen Verband“ 4 (16). Poliere wurden ermittelt 400 (164), davon im Verband organisiert 221 (261), unorganisiert 179 (203). Insgesamt sind im Verband organisiert inkl. Poliere 3236 (4078) Maurer. Die tarifliche Höhe wurden mit Ausnahme einiger Junggesellen an allen Baustellen bezahlt. In Afford wurde gearbeitet auf 89 (132) Baustellen mit 1260 (1533) Geleuten, in Lohn auf 438 (538) mit 2289 (2800) Geleuten. B. 3 im Platten gewerbe wurden von 19 Platten-geleuten 14 bezahlt; hieron waren 9 Afford- und 5 Tage-geleuten. In diesen 14 Geleuten arbeiteten 341 Plattenarbeiter, im Afford 130, im Tagelohn 211. Der tarifliche Stundenlohn (M 1) wurde in allen Geleuten bezahlt. Das Organisationsverhältnis ist folgendes: Von den 341 Angehörigen sind im Verband organisiert 326, unorganisiert 15. Hieron arbeiten bei der Firma Carlsen & Jansen 6, Gaculin 5, Meyer 2 und Soehne 2. Die Zahl der zur Zeit beschäftigten Plattenarbeiter dürfte 350 betragen. C. In der Betonbranche wurden 24 Unternehmern, welche Betonarbeit ausführen, angetroffen. Sie führten 44 Baustellen aus. Hieron waren 17 Eisen-betonbauten, 13 Deckenschüttungen und 14 Grundschüttungen. Beschäftigt wurden im ganzen 923 Arbeiter; hieron waren organisiert 617, unorganisiert 306. Die Sektion der Zementierer zählte zur Zeit 633 Mitglieder. Die tarifliche Arbeitszeit (9 Stunden) wurde an 22 Baustellen eingehalten. Ueberstunden waren üblich auf 22 Baustellen. Die tarifliche Höhe für alle Baustellen wurden gezahlt an 31 Baustellen, nicht gezahlt an 13 Baustellen. Auf diesen 13 Baustellen sind im ganzen 294 Betonarbeiter beschäftigt. Hieron sind organisiert 54, davon in der Sektion der Zementierer 4 und in anderen Organisationen 50, unorganisiert 250. Der Mindestlohn in der Betonbranche beträgt für die Hilfsarbeiter 60 % pro Stunde. Bemerkenswert mag werden, daß es sich in 7 Fällen um Staatsarbeit (Untergrundbau) handelt, an welcher der in der Betonbranche übliche Lohn nicht bezahlt wird. Die Mitgliederzahl des Zweigvereins beträgt gegenwärtig 5577 gegen 6099 im gleichen Monat des Jahres 1907. Die Mitgliederzahl ist demnach um 522 zurückgegangen. Baustellen waren weniger 143 (21 pSt.) und beschäftigte Maurer inklusive Poliere waren 848 weniger als 1907. Die Zahl der Unorganisierten hat sich ebenfalls etwas verringert. Aus dieser Statistik geht klar hervor, daß die Konjunktur für das Maurergewerbe ganz wesentlich ungünstiger geworden ist.

Zu der Statistik fahrt uns der Zweigvereinsvorstand folgende, besonders für die Betonarbeiter beherzigenswerte Zeilen: Wie aus der Statistik hervorgeht, ist die Konjunktur für das Maurergewerbe zurückgegangen, ganz anders sieht es aber in der Betonbranche aus. Hier sind in den letzten Jahren ein stetiger Aufschwung zu verzeichnen. Die tariflichen Erhebungen für die Betonbranche sind sehr mangelhaft ausgefallen und bieten daher kein klares Bild. Es dürfte zur Zeit 1300 bis 1400 Betonarbeiter beschäftigt sein. Davon sind 900 organisiert, so daß 400 bis 500 unorganisierte Arbeiter vorhanden sind. Von den Organisierten sind rund 600 zur Zeit in der Sektion der Zementierer und 300 verteilen sich auf 10 bis 15 andere Organisationen. Daß dies Verhältnis auf die Dauer nicht weiter bestehen darf, wird jeder Betonarbeiter einsehen müssen. Untersuchungen wir nun einmal, weshalb sich die Organisationsverhältnisse nicht besser gestaltet haben. Die Sektion der Zementierer ist nach zweimaligen Niederlagen im Jahre 1903 gegründet worden. Keine Organisation des Baugewerbes hatte sich bis dahin in nennenswerter Weise um die Betonarbeiter gekümmert. Es herrschten infolgedessen die größten Mißstände. Die Stundenlöhne gingen bis zu 32 % hinab. Sonntags- und Ueberstundenarbeit ohne höhere Bezahlung zu leisten war allgemein üblich; von der Behandlung erst gar nicht zu reden. Seit der Gründung der Sektion, die am Schlusse des Jahres 1903 erst 90 Mitglieder zählte, sind die Verhältnisse ganz bedeutend verbessert worden. Allerdings soll damit nicht gesagt sein, daß jetzt keine Mißstände mehr vorhanden wären; dafür sorgen tagtäglich die Unternehmer resp. deren Trabanten. Aber immerhin muß es wohl als ein guter Erfolg angesehen werden, daß der Mindestlohn der Betonarbeiter auf 60 % und der Höchstlohn auf 80 % pro Stunde gebracht worden ist. Die Arbeitszeit ist geregelt; wenn auch hier und dort einmal dagegen verstoßen wird, so ist das erklärlich. Die Erziehung der Mitglieder in den wenigen Jahren hat eben mit den Erfolgen nicht gleichen Schritt gehalten. Was vielen Organisationen in zehnjähriger Tätigkeit noch nicht gelungen ist, haben sich die Betonarbeiter, obschon ausschließlich ungelernete Arbeiter, in kurzer Zeit errungen, nämlich einen Arbeitsvertrag, der sich immerhin sehen lassen kann. Diese Erfolge in der Betonbranche waren aber nur dadurch möglich, daß sämtliche Gruppen der Betonbranche in einer Organisation waren. Diese Notwendigkeit hatten die Betonarbeiter von vornherein eingesehen. Daß die Sektionsgründung erst nach zweimaligen Versuchen gelang, kam daher, weil man früher nur die sogenannten qualifizierten Arbeiter in den Maurerverband aufnehmen wollte. Bei allen Verhandlungen waren die Unternehmer stets bereit, die Lohnforderungen der letzteren zu bewilligen, dagegen die Forderungen der Hilfsarbeiter nicht. Die Hilfsarbeiter hatten heute noch keine 60 % Stundenlohn, wenn nicht die übrigen Gruppen bei der Lohnbewegung im Jahre 1907 beschloßen hätten, die Arbeit nicht früher aufzunehmen, bis auch deren Forderung bewilligt sei. Eine solche Solidarität ist aber nur durch die Einheitsorganisation garantiert. Sobald die einzelnen Gruppen in verschiedenen Organisationen zerstückelt sind, ist das Solidaritätsgefühl nicht mehr so groß. Leider ist die Fortentwicklung der Sektion in den letzten Jahren dadurch gestoppt, daß namentlich die Bauführer- und Arbeiter auf den Plan treten und erklären, die Hilfsarbeiter der Betonbranche gehören in ihre Organisation. Dadurch ist die Agitation an den Baustellen erheblich erschwert worden. Und daraus erklärt sich auch die große Zahl der Unorganisierten, die überhaupt die große Zersplitterung. Aus obigen Darlegungen geht aber genügend hervor, daß die Interessen der Arbeiter in der Betonbranche

nur in einer Einheitsorganisation zu wahren sind, und daß dies auch die Hilfsarbeiter erkannt haben. Wir ersuchen deshalb unsere Mitglieder, mehr als bisher für Stärkung der Sektion zu tun. Für die im Betonfach beschäftigten Arbeiter kommt als Organisation nur die Sektion der Zementierer in Betracht. Alle der Sektion nicht angehörigen Arbeiter sind aufzufordern, ihr in kürzester Zeit beizutreten, auf ihr beizutreten. Die Zersplitterung, wie sie zur Zeit besteht, muß ein Ende nehmen. Nehmen wir uns ein Beispiel an den Unternehmern. Der Betonarbeiter hat sich der Vereinigung der Unternehmer des Baugewerbes angeschlossen. Unzweifelhaft hat er dadurch eine größere Macht erlangt. Wollen wir die Lebenslage der Betonarbeiter auf fünfzig verbessern, dann ist das nur möglich, wenn sämtliche Betonarbeiter der Sektion angehören, sonst preisen die Unternehmer in Zukunft auf die Forderungen der Betonarbeiter. Wer im entgegengegesetzten Sinne wirkt und agitiert, schädigt nur die Interessen der gesamten Arbeiter und befragt damit selbstverständlich unbewußt die Geschäfte der Unternehmer. Also nochmals: Kollegen, werbet neue Mitglieder für die Sektion, damit deren Macht für den zukünftigen Lohnkampf gestärkt wird.

Hannover. Der Zweigverein hielt am 4. August seine regelmäßige Generalversammlung ab. Die vom Kassierer Müller verlesene Abrechnung vom zweiten Quartal zeigte folgendes Bild: Die Einnahme und Ausgabe der Hauptkasse betrug M. 14 909,58. Die Kassa hatte folgende Einnahmen: an Kassenbestand M. 9884,52, Anteil an den Beiträgen M. 3770,95, an 25 338 erteilten Zuschüssen 5 % M. 1266,90, 123 Stolportagemarken à 50 % M. 61,50, für Protokolle, Futterale usw. M. 35,30, Ueberlohn vom Vergütigen M. 144,55, Bierprocente M. 2,10, vom Sachhagener Streik zurück M. 75, in Summa M. 15 040,22. Ausgegeben wurden für Kassenier, Protokolle usw. M. 14,50, an den Gaudobrand M. 288,90, an das Gewerkschaftsstell M. 127,50, Mitgliedschaft für Sachhagen M. 75, für Streiks M. 57,55, Bibliothek M. 10,30, Agitation M. 45,40, für Zweigvereinskonferenz M. 41,90, Bauteilnahme M. 29,60, Ehrung Verstorbenen M. 38, an den Vorständen M. 535, an den Kassierer M. 75, an Sitzungsgeldern M. 66, an die Revisionen M. 23,50, für Versicherung M. 16,50, an persönlichen Ausgaben M. 12,50, für Miete usw. M. 41,58, für Porto M. 251,14, für Schreibmaterialien M. 25,95, für „Grundstein“-Kopiergeld M. 1419,67, für Annoncen M. 170,70, für Druckkosten M. 12,25, für Telefon M. 42,75, für Zeitungen M. 12,03, für Briefen zum Verbandszweck M. 181,35, für Aufschüsse im Bureau M. 102, für Arbeitslohn M. 150, für Vertriebslohn M. 99,95, dem Meistebesoldeten überwiehen wurden M. 1191,90, zusammen also M. 5153,42. Womit bleibt ein Kassenbestand von M. 9886,80. Die Mitgliederzahl betrug am Schlusse des Quartals 2839, darunter 9 Ehrenmitglieder. Im Laufe des Vierteljahres sind nun eingetrenn 105, zugereist 224, abgetreten 222, gestorben 5, ausgeschieden 3, ausgetreten 3. Nachdem beschloßen war, die Annoncenfrage der Tageszeitung zu regeln, wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Die weiteren Verhandlungen befaßten sich mit den Mißständen der Kollegen Willi Ellermann und Conrad. Conrad hatte der ergangenen Einladung Folge geleistet, Ellermann jedoch nicht. Die Sektion der Püger stellte den Antrag, beide aus dem Verbands auszuscheiden, da auch bereits in der Sektion der Mischbau vollzogen sei. Der Sachverhalt wurde vom Vorstände vorgetragen. Danach hat Ellermann vor einem halben Jahre vom Maurermeister Hoffmeier einen größeren Bau zum Zusammenbau angenommen zum Preise von 25 und 45 % pro Quadratmeter. Er konnte infolge anderweitig angenommener Arbeiten die von S. übernommene Arbeit nicht ausführen und übergab an Conrad die Arbeiten für 23 und 43 %. Er, der nun an demselben Bau Fortsetzung ausführt, ließ sich dann für alle Püger das Geld geben. Dadurch war es möglich, daß nichts an die Gesellschaft kam. Conrad gab in der Versammlung zu, daß er damals etwa M. 10 von S. zu viel erhalten, diese aber für sich behalten habe; er habe diese M. 10 heute am Versammlungstage aber an die Kollegen Sievers und Fredmann ausgegahlt. Die Kollegen Sievers und Fredmann, die mit Conrad die Arbeiten gemeinsam ausführen, waren um die 2 % pro Quadratmeter benachteiligt. Durch einen Zufall kam die Hinterlegung des Ellermann heraus und Fr. und S. flagten vor dem Binden-Gewerbegericht gegen S. auf Herauszahlung der 2 % und pro Quadratmeter. Da es S. überhaupt noch zur Frage kommen ließe, wurde recht leicht diskutiert und betont, daß ein trauriger Mut dazu gehöre, sich von seinen Berufskollegen wegen einer solchen Angelegenheit verurteilen zu lassen. Im Termin kam es zu einem Vergleich. S. zahlte an Fr. und S. noch je M. 10. Es wurde ausgeführt, daß, wer als Püger mit S. zusammen arbeiten wolle, sorgen müsse, daß er nicht zu Schaden komme. S. wurde dem auch auf Grund seiner Mißhandlungen aus dem Verband ausgeschieden. Conrad's Verhalten wurde mißbilligt und ihm eine Miße erteilt, weil er, obwohl er später von der Sache Kenntnis erhielt, seinen Arbeitskollegen nichts davon sagte. Des weiteren wurden die Kollegen Glinde und Krause von Mißburg ebenfalls ausgeschieden, weil beide trotz Verpredens, nicht zu bleiben, während der Sperrzeit auf der Zementfabrik „Germania“, Mißburg, doch dort geblieben sind und „Arbeitswillige“ geheißen haben. Die Veranlassung beschloß sich mit dem 3. Punkte der Tagesordnung, betr. die Erbauung eines Gewerkschaftshauses. Hierzu gaben die stellvertretenden einen Bericht darüber, wie weit die Angelegenheit gediehen sei. Es entpinn sich eine äußerst lebhaft diskutierte, deren Resultat war, daß der Antrag M. Wöhrmann angenommen wurde, sich nicht daran zu beteiligen. Zum Schluß wurde das Empfangskomitee für den Verbandstag gewählt.

Seidberg. (Golfjahresbericht.) Die Bautätigkeit im ersten halben Jahre war schlecht, sie reichte bei weitem nicht an die des vorhergehenden Jahres heran. Schon im ersten Quartal machte sich die Krise bemerkbar. Die Spekulationsbautätigkeit ist sehr stark zurückgegangen, was seinen Grund aber nicht in einem Ueberfluß an Wohnungen, sondern in der Selbstnahrung hat. Durch den Bau von einigen Staats- und Kommunalgebäuden konnte die Arbeitslosigkeit wohl etwas abgeschwächt, aber nicht aufgehoben werden. Die verminderte Bautätigkeit zeigte sich bei der im März vorgenommenen Bauteilnahme der Kollegen deutlich. Es wurden gezahlt bei 32 Unternehmern auf 38 Neubauten und 10 Umbauten 43 Poliere, 407 Geleuten und 38 Bebringer. Das ist gegen die vorhergehenden Jahre eine bedeutende Abnahme, und bei unserer diesjährigen Lohnbewegung bedeutet es für die Unternehmer einen großen Vorteil. Der Anfang des diesjährigen Geschäftsjahres

stand im Zeichen des Kampfes. Ueber die einzelnen Verhandlungen wurde in den Veranlassungen besonders Bericht erstattet, so daß man hier nicht näher darauf einzugehen braucht. Daß wir mit der diesjährigen Lohnbewegung nicht ganz zufrieden sein können, liegt nicht an der Organisationsleitung, sondern an den schlechten Verhältnissen. Dies ist aber noch lange kein Grund für die Kollegen, unzufrieden zu sein und den schlechten Tarifabschluß den Führern in die Schuhe zu schieben. Gerade im Laufe dieses Sommers wird es auch der letzte Maurer eingesehen haben, daß bei solch einer Situation an eine Verbesserung der Löhne kaum zu denken ist. Im Gegenteil, es ist ein Erfolg, bei derartigen Krisen die bisherigen Löhne zu erhalten. Die Unternehmer hatten uns zugemutet, für die Vertragsdauer mit 48 % zufrieden zu sein, das heißt mit 2 % pro Stunde weniger als vorher. Das zeigte schon, wie günstig ihre Lage war. Das wurde allerdings durch den Einheitsstart und den Schiedsspruch geregelt, dem wir ebenfalls unsere Zustimmung erteilen mußten. Weitere Lohnbewegungen haben wir in diesem Jahre in Kirchheim. Auf friedlichem Wege ließ sich mit den Unternehmern nichts anfangen, so daß der Streik beschloßen werden mußte, der nach drei Tagen mit einem Tarifabschluß endigte. Nach der allgemeinen Lohnbewegung mußte man die Baugewerkschaft machen, daß viele Kollegen der Organisation gleichgültig gegenüberstehen. Die Unternehmer verließen es sehr gut, die schlechte Konjunktur auszunutzen, indem sie unsere Kollegen nach allen Regeln der Kunst schikanieren. Das zeigt sich schon bei der Einstellung oder Entlassung von Kollegen. Allein schon dies muß den Kollegen zeigen, wie notwendig es ist, immer mehr an der Organisation festzuhalten. Auch einige kleine Differenzen hatten wir zu verzeichnen, die aber durch den Zweigvereinsvorstand wieder geregelt wurden. Als und zu verzeichnen ist auch mal wieder ein Unternehmer, der tarifmäßigen Lohn nicht zu zahlen. Eine weitere Differenz hatten wir bei dem Unternehmer Schmidt, dem Vorstände des Arbeitgeberverbandes. Dieser Herr wollte gern einmal eine Auslieferung herbeiführen. Aber die Kollegen waren nicht so dumm, um darauf einzugehen. Obwohl war es eine Ungerechtigkeit, daß Schmidt einige unserer Kollegen entließ; das läßt sich aber bei einer nächsten Gelegenheit sehr schön ausgleichen. Schmidt hatte sich dann eine Partie Diebarger Maurer verschrieben, mit denen er sich aber keine Vorbeeren erobert hat; denn solche Arbeit, wie sie die Diebarger Arbeiterpartei leisten, ist man in Seidberg nicht gewohnt. Aber in der Tat steht bekanntlich der Teufel im Steigen. Die Mitgliederbewegung im ersten halben Jahre gestaltet sich wie folgt: Neueingetrenn sind 37, zugereist 16, abgetreten 35, ausgeschieden 32, gestorben 3. Die Mitgliederzahl betrug am Schlusse des zweiten Quartals 724. Das bedeutet gegen das vorige Jahr eine Abnahme von 30 Mitgliedern. Von den Ausgetretenen sind 18 Poliere, die einen Polierverein gegründet haben, dem wir aber wenig Bedeutung beizumessen. Mehrere Kollegen haben sich einen anderen Beruf wählen müssen: Die Beitragsleistung geht aus folgenden Zahlen hervor: Verfaßt wurden im ganzen 11 835 Beitragsmarken, danach entfallen auf jedes Mitglied 15,9. Das zeigt, daß mehrere Kollegen mit ihren Beiträgen im Rückstand sind. Die Gesamteinnahmen belaufen sich auf M. 5617,65, denen eine einkünfte Ausgabe von gleicher Höhe gegenübersteht. Die einzelnen Ausgabeeposten sind folgende: Abgezahlt an die Hauptkasse M. 2485,89, -Procente an den Zweigverein M. 126,51, Krankenunterstützung an 53 Kollegen M. 881,05, Sterbeunterstützung für drei Kollegen M. 135, Maßregelungsunterstützung an 15 Kollegen M. 264, Rechtschutz und Inhaftierungsunterstützung an fünf Kollegen M. 283,85, für die Lohnbewegung M. 165,55. Die Einnahme der Kassa betrug M. 3109,30, die Ausgabe M. 2905,22. Die Geschäfte des Zweigvereins wurden erledigt in 9 Sitzungen, 3 Konferenzen, 6 Zweigvereinsversammlungen, 4 Platzversammlungen und 2 Wahlberechtigtenversammlungen. Außerdem wurden noch abgehalten: in den Hauptstellen 34 Versammlungen und 6 Versprechungen. Die Versammlungen waren größtenteils nur mäßig besucht. Bei der am Sonntag, den 9. August, stattgefundenen Generalversammlung hatte man sich neben der geschäftlichen Tagesordnung auch mit der Arbeitersekretariatsfrage zu beschäftigen. Es wurde nach einem Vorschlag des Arbeitersekretärs Wöhrmann aus Mainz beschlossen, daß jedes Mitglied für das Seidberger Sekretariat eine Mark pro Jahr zu bezahlen hat. Dieser Beitrag soll in 10 Zehnermarken bezahlt werden. Der Beschluß wurde einstimmig gefaßt. Ueber die Beschlüsse des Kollegen Helfrieder an den Verbandsvorstand werden wir an anderer Stelle berichten.

Königsberg. Gelegentlich des Berichtes über die Bautätigkeit im Gau Danzig erwähnten wir die Mißnot der Unternehmern von Stalupönen, wonach sie erst dann mit uns einen Tarif abschließen wollten, wenn wir die Mißgezahl der im Bezirk der Stalupöner Zinnung arbeitenden Kollegen organisiert hätten. Wir versprachen, diesem Wunsch der Unternehmern, so viel wie in unseren Kräften liegt, nachzukommen; obwohl wir uns von vornherein sagten, daß es im Gebiet der Zinnung auch noch Unternehmern geben würde, die sozialpolitisch nicht so weit vorgeschritten sind, daß sie auch unsere Organisation, als eine Notwendigkeit anerkennen. Daß wir uns nicht täuscht hatten, beweist folgender Fall: Zum Zinnungsgebiet Stalupönen gehören die Orte Stalupönen, Gubfuhnen und Pilsfahlen mit umgeben. In Stalupönen und Gubfuhnen organisiert sich die Kollegen schon im vorigen Jahre, und es ist dort möglich gewesen, die Arbeitszeit um eine Stunde zu verkürzen und den Lohn um 5 bis 7 % die Stunde (auch ohne Tarif) zu erhöhen. Der Abschluß des Tarifs scheiterte in der Hauptsache daran, daß die Kollegen in Pilsfahlen bis vor einigen Monaten geschlafen haben. Während in Stalupönen 11 Stunden bei einem Lohn von 40 bis 42 % pro Stunde, in Gubfuhnen 10 1/2 Stunden bei 40 bis 45 % pro Stunde gearbeitet wird, besteht in Pilsfahlen noch die zwölf- bis dreizehnstündige Arbeitszeit und ein Tagelohn von M. 2 bis M. 3,30. Schließlich haben auch die Pilsfaler Kollegen ein, daß es so nicht weiter gehen könne, und in kurzer Zeit schloßen sich über 30 Kollegen unserem Verbande an. Sobald jedoch die Pilsfaler Unternehmer hieron Wind bekamen, war es mit ihrer Ruhe vorbei. Sie schimpften wie die Möpse auf die „Reis von Agitatoren“, die es wagten, ihre Leute, denen es bei zwölf- und dreizehnstündiger Arbeitszeit und 2 % Tagelohn doch so wohl ginge, aufzuheben und zu verkürzen. Herr Maurermeister Neg. ließ dann seine Maurer alle zum Appell antreten und hielt ihnen eine Brandrede, wie sie es wagen könnten, von ihrem geordneten Recht Gebrauch zu machen und sich zu organisieren. Er hat sehr lange geredet, aber wie

die Kollegen erklären, ist er kein Arbeiter, er hat nur immer ein und dasselbe gesagt, er könne nicht so gut leben wie der Arbeiter. Herr Meyer meinte dann noch, wenn es nicht passe, der könne gehen. Die Kollegen erklärten, daß sie diesem Wunsch gelegentlich einmal alle nachkommen werden. Auch der Herr Kaffner war furchtbar aufgekratzt und entließ einen Kollegen, der schon Jahre bei ihm gearbeitet hat, auf der Stelle. In drei Minuten sollte der Kollege auch die Wohnung, die er kontraktlich noch auf ein Jahr von ihm gemietet, räumen. Der Kollege wehrt aber auch schon, daß Herr Kaffner nicht der Jar von Ausland ist und wird bis zum Ablauf des Kontraktes ruhig in der Wohnung bleiben. Sollte man solch eine Unbilligkeit noch von gebildeten Leuten, denn solche wollen die Unternehmer doch sein, für möglich halten? Erst die übermenschlich lange Arbeitszeit, dann ein Lohn zum Vergleichen und dann will man den Kollegen auch noch das Kontraktrecht rauben! Nun, die Kollegen haben gelobt, nicht zu rufen und zu ruhen, bis sie sich mit Hilfe ihres Verbandes menschenwürdige Zustände erkämpft haben. Den Unternehmern aber möchten wir nur raten, den Bogen nicht zu stark zu spannen, sonst kann er platzen.

Landsberg a. L. Am 12. August fand hier eine Mitglieder-Versammlung statt, in der Kollege Harle-München referierte. Er besprach die Lohnbewegungen und Erträge der letzten Jahre und gab dann ein Bild über die heutigen Unternehmungen und über die Lage im allgemeinen. Wir hätten keine Ursache, uns über den Verlauf der heutigen Lohnbewegung besonders zu freuen, aber es dürfte nicht vergehen, wenn in welcher Situation wir uns befinden. Die gegenwärtige Krise und die damit verbundene Arbeitslosigkeit wäre für die Unternehmer eine selten wiederkehrende Gelegenheit gewesen, einen schweren Kampf gegen die Gewerkschaften zu führen. Nicht nur so manche Kollegen hätten eine Entlassung erlebt, sondern auch der Plan der Unternehmer, in einer für sie äußerst günstigen Zeit die Organisationen abzubauen, sei verhindert worden. In den weiteren Punkten der Tagesordnung wurden verschiedene örtliche Angelegenheiten geregelt, worauf vom Vorsitzenden, Kollegen Müch, die schon verlaufene Versammlung geschlossen wurde.

Wannheim. (Zahlstelle Boris!) Was nicht alles die Firma Gebr. Brunnengraber fertig bringt! In allen Orten unseres Zweigvereinsgebietes haben sich die Baugeschäfte mit der Aufgabe der Organisation abgefunden. Statistiken, die von Zeit zu Zeit notwendig sind und auf Bauten aufzunehmen werden, behindert das Unternehmertum deshalb nicht mehr, weil dies Gebiet der Arbeiterorganisationen nicht zu verschließen ist. Auch in Lorch ging die Aufnahme gut von statten, bis zuletzt an einem Bau der Firma Gebr. Brunnengraber. Als der Kollege den Bau betrat, fielen die beiden Herren mit einem Wutgeschrei über ihn her und wollten ihn zum Bau hinauswerfen. Sie befanden sich aber noch rechtzeitig, und das war auch für sie recht gut. Es scheint, als ob sich der Herr Brunnengraber über seine Tat freute, etwa wie ein Gänschich, der jemanden in die Gasse geschickt hat. Warum Brunnengraber so frech sein kann, erklärt sich aus der Interesslosigkeit, die dort beschäftigten Kollegen. Im letzten Jahre scheiterte auch die Durchführung des Lohnstreiks in Lorch an dieser Firma. Es ist winzigenwert, daß die Kollegen recht bald zur Einsicht kommen, um diesen Herren den Mund zu stopfen.

Selb. Ueber die Zustände in Selb ist schon früher im „Grundstein“ gesagt worden. Die Bauwirtschaft ist in diesem Jahre nicht bedeutend, und da glauben die Unternehmer, vornehmlich die Herren Jäger und Werner, die bei der Vertragsverhandlung eingegangenen Verpflichtungen abschütteln oder umgehen zu können. Leider finden diese Unternehmer dabei Unterstützung bei einigen Kollegen. Von der Firma Jäger & Werner wird besonders die Unzufriedenheit geäußert; bei allen Arbeiten drängt sie darauf, daß sie in Affekt ausgeführt werden. Wer auf diese Wünsche nicht eingeht, wird einfach entlassen. Da sollte es die heiligste Pflicht aller Kollegen sein, zusammenzutreten und diese Insaugung der Unternehmer abzuwehren. Aber es finden sich immer Leute, die sich sogar organisiert nennen, die dem Treiben der Unternehmer Vorschub leisten. Nicht besser ist es bei der Firma Jäger & Werner, wo sich ein Bauführer namens Maier als Sekretär in Bögen zu allem gebrauchen läßt und ein sehr unvollständiges Verzeichnis des ist sehr richtig, was in den uns zugehenden Schriftstücken gesagt wird, daß solche Menschen doch eigentlich bedenken sollten, daß sich die Zeiten doch einmal wieder ändern. Nicht immer legt eine solche Bauwirtschaft die Macht in die Hände der Unternehmer, und nur selten ist es solchen unvollständigen Bauführern möglich, ewig bei demselben Unternehmer zu arbeiten. Es kommen auch wieder in andere Kreise, auch wohl wieder in die Heimat zurück, und sollten bedenken, daß man ihre Streiche auch dort kennt. Nachher, wenn sie ernten, was sie gesät haben, dann können sie ächzen und Besserung geloben; aber für die Arbeiter muß in solchen Fällen das Gebot der Bibel gelten: Auge um Auge, Zahn um Zahn. Da man weiß, an wen sich diese Ermahnung richtet, so brauchen weitere Namen nicht genannt zu werden. Ihr wißt doch Bescheid!

Triebes. Daß die hiesigen Maurer nicht zur Ruhe kommen, dafür sorgt der Unternehmer Feustel. Am 1. Juli dieses Jahres wurde der tarifmäßige Stundenlohn von 40 x reichstärkig, doch hielt es Herr Feustel für angebracht, seinen Maurern mitzuteilen, daß es ihm infolge der Konkurrenz unmöglich sei, 40 x zu zahlen. Die Maurer beschlossen dagegen, an dem Vertrage festzuhalten. Der Unternehmer Feustel ließ auch nicht lange auf Antwort warten; er zahlte zwar den tarifmäßigen Lohn, entließ aber sieben Maurer, darunter den Vorsitzenden und Kassierer des Zweigvereins mit den Worten, daß die Arbeit knapp werde. Daß diese Behauptung nicht der Wahrheit entsprach, wurde durch die Tatsache bewiesen, daß er kurze Zeit danach drei fremde Maurer einstellte. Unsere Kollegen wurden dadurch in ihrer Vermutung, daß es sich um eine Maßregelung handelte, bestärkt. Der Stellvertreter des Vorsitzenden ersuchte sofort Herrn Feustel höflich, er möge doch, wenn er Leute brauche, die entlassenen Maurer wieder einstellen. Darauf antwortete er, daß er in den nächsten Wochen noch mehr entlassen müßte. In einer in dieser Angelegenheit notwendigen Versammlung wurde in Anwesenheit des Bauvorstehenden, Kollegen Jacob, diese Laßt bestprochen und beschlossen, von weiteren Schritten abzusehen.

Witten a. d. Ruhr. Am 16. August tagte unsere regelmäßige Mitglieder-Versammlung, die der Sperre wegen ausnahmungsweise kurz besetzt war. Da der bisherige Kassierer sein Amt niederlegte, wurde Kollege Friedrich Peter an seiner Stelle gewählt. Im Laufe der Versammlung wurde das Resultat von der Wahl zum Verbandstag besprochen. Es wurde einstimmig verlangt, daß der Kollege Peter vom Verbandstag befreit wird und nicht vom Verbandstag, da die Schuld nur am Berichterstatter liege. Die stark beschwerte Versammlung protestierte scharf gegen die Veröffentlichung des Wahlprotokolls im Grundstein. Im Laufe der Versammlung wurde noch erwähnt, daß nur durch die Einigkeit und Solidarität der tarifliche Lohn in drei Tagen durchgeführt werden sei. Wenn die Kollegen auch in Zukunft so einig sind, dann wird uns der Sieg auch fernher bleiben. **Ankündigung der Redaktion:** Der Bericht ist so nicht recht verständlich. Bei der Stichwahl zum Verbandstag hatte der Vorstand das Wahlprotokoll von Witten nicht erhalten, obwohl es richtig ausgefüllt und abgedruckt sein soll. Auf Grund der vorliegenden Wahlergebnisse war der Kollege Schmidt-Wittenbein gewählt worden. Nachdem nun das Wahlergebnis veröffentlicht worden ist, hat sich eine Mehrheit für den Kollegen Peter-Witten herausgestellt. Den Wittenen Kollegen wird ihr Recht werden, ohne daß sie sich erst in die Unkosten „scharfer“ und scharfer Proteste stürzen brauchen.

Holzerer und Steinhölzer.

Samburg. Am 9. August fand hier eine Versammlung statt. Kollege Kl. schilderte zunächst die Verhältnisse bei den einzelnen Firmen. Aus seinen Ausführungen ging hervor, daß die Unternehmer die jegliche stau Konjunktur dazu benutzen, allerhand Stänkerchen vom Baune zu brechen. Eine größere Firma, leistet sich geradezu Großartiges auf dem Gebiete der Lohnreduzierung, indem sie Kollegen, die sich jahrelang in der Arbeit nichts zu schulden haben kommen lassen, einfach in die zweite Lohnklasse versetzt. Die Herren mögen sich nur gedulden, die schuldige Abrechnung wird nicht ausbleiben. Es ist Pflicht der Samburger Holzerer, trotz aller Euphorie der Unternehmer, sich fest zusammenzuschließen. Von der Verhandlung mit dem Arbeitgeberverband wurde berichtet, daß der letztere wünscht, daß das Aussehen bei den einzelnen Firmen bis zu vier Wochen ausgedehnt werden kann. Hieran schloß sich eine lebhafte Debatte. Folgender Antrag wurde einstimmig angenommen: „Aussehen gilt nur höchstens für sechs aufeinanderfolgende Tage. Nach deren Ablauf muß sich der Kollege in den Arbeitsnachweis eintragen lassen. Hierauf wurde von dem Streik bei der Firma Spaade & Co. berichtet; die Situation ist unverändert. Von einigen Kollegen wurde noch berichtet, daß sich die ehemaligen Verbandsmitglieder und jetzigen Klausierer gegen organisierte Kollegen geradezu provokatorisch benehmen. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die heutige, bei H. Schreiber tagende Versammlung der Holzerer und Steinhölzer der Samburgs sucht den Geller Kollegen ihre vollste Sympathie aus und verpricht, mit allen den Proletariats zugehörigen Mitgliedern den streitenden Kollegen zum Siege zu verhelfen.“ Ferner wurde noch bekannt gemacht, daß vom 1. Juli an für die streitenden Kollegen ein besonderer Beitrag von 50 x die Woche zu zahlen ist. Kollege Kl. schilderte noch die Differenzen mit der Firma H. & Co. Nachdem noch einige interne Angelegenheiten erledigt waren, erfolgte Schluß der schwach besuchten Versammlung. (Daß sich die Kollegen, die als Redner auftraten, in ein Dunkel hüllten, können wir schon verstehen; daß man aber auch die Namen der Unternehmer nicht ausbreitet, scheint uns doch eine etwas zu weit getriebene Rücksicht zu sein. Die Redaktion.)

Leipzig. Die Leipziger Holzerer hielten am 2. August ihre Versammlung im Volkshaus ab. Diese sollte eine Generalversammlung sein, wurde aber aus bestimmten Gründen als regelmäßige Versammlung angesehen. Die Generalversammlung soll nächsten stattfinden. Zur Unterstützung der streitenden Geller Kollegen verpflichtete die Versammlung jedes Mitglied, für die Dauer des Streiks eine Extrastunde von 11 die Woche zu zahlen. Arbeitslose sind hierüber entbunden. Ferner ernannte die Versammlung eine Kommission, die beauftragt wurde, mit der Firma Friedrich Wilhelm Krause, Moststraße, zu sprechen, um zu erfahren, ob die Firma auf ihrem ablehnenden Standpunkt beharrt. Mit genannter Firma bestehen seit Jahren Differenzen wegen Tarifbruchs. Es sei kurz bemerkt, daß Herr Krause den Vorschlag der inzwischen bei ihm vorzeitig gewordenen Kommission, die Differenzen zu beilegen, ablehnte. Die Sperre besteht also weiter. Ausführlicher Bericht hierüber folgt in nächster Nummer. Am Ende der Versammlung tadelten die Kollegen die Agitationsweise des Kollegen Gönemann. Dieser hat sich mit dem in Leipzig gefassten Bescheid (Anschluß an den Maurerverband) insofern in Widerspruch gesetzt, als dagegen gehandelt, als er in einer Chemnitzer Versammlung die dortigen Kollegen aufforderte, anders zu stimmen, oder sie doch mindestens davor warnte, wie die Leipziger zu stimmen. (Siehe Chemnitzer Versammlungsbericht.) Der Vorsitzende wurde beauftragt, den Kollegen Gönemann zur nächsten Versammlung einzuladen, damit er sich rechtfertige. Die Leipziger Steinhölzer übergeben dem Kollegen Brinke 11 20 als Ergebnis einer freiwilligen Sammlung zur Unterstützung der Geller Kollegen. Das Geld ist bestimmungsgemäß abgehandelt worden.

Gescheitert.

Als der ungewöhnliche Verlauf der Lohnbewegung im Baugewerbe in einigen Zweigvereinen unseres Verbandes Unmut hervorrief, da wähten die im trüben Spillisch des Anarchismus herumtreibenden letzten Heberlebenden der weland freien Vereinigungen ihre Zeit für gekommen. Jetzt darauf los! Willen Barden die tündenden Bräsen von revolutionärer Gewerkschaftsstatistik hinausgeschmettert, die Führer als gekaufte Subjekte verleumdete, die Gewerkschaftsmitglieder als eine blinde, verrätere Masse hingestellt, und dann als Schlusschiff die bröckelnden Trümmer der Arbeiter in bengalischer Beleuchtung gezeigt! Das müßte doch wohl helfen, so müßte sich doch das behersehnte Ziel, die Zerstörung der Zentralverbände, erreichen lassen. In einem kleinen Orte der Pfalz glückte der Anlauf, nun sollte er auch einmal in einer

Großstadt versucht werden. Man wandte sich nach Leipzig und zwar sollten die Leipziger Arbeiter des Bauersinns zuerst die neue Geisteslehre hören.

Der Schach der Sozialisten war so übel nicht. Unsere Leipziger Kollegen hatten ihre Unzufriedenheit mit dem Verlauf der Lohnbewegung so häufig bekundet und sich geweigert, die Abmachungen anzuerkennen. Darum glaubte man, dort zu allererst noch Erfolg zu haben. Am 8. August hatte man nach dem „Pantheon“ eine öffentliche Bauarbeiter-Versammlung einberufen. 300 Personen waren anwesend, wovon die meisten Verbandskollegen waren. Der Einberufer war ein Metallarbeiter, der gleich bei Anfang den Schmerz erleben mußte, daß man Bureauwahl durchsetzte und die Kollegen Koch und Bauersfeld und den Zimmerer Sauter zur Leitung der Versammlung wählte. Dann sprach ein Beisitz aus Berlin. Seine Ausführungen entsprachen ganz dem Programm, das wir eingangs kurz verzeichnet haben. Man hörte den Menschen ruhig an und als er fertig war, begann die Diskussion, in der die Kollegen Zumbel und Koch und einige andere Genossen den Herren Zerstörerern eine Vorlesung über Gewerkschaftsaufgaben hielten, die den Beisitz so verblüffte, daß er nur mit neuen Schimpfereien darauf zu antworten wußte. Das war den Leipziger Genossen nun aber doch zu bunt. Sie waren wohl bereit, Tadel zu hören, aber sich in solch der Art und Weise beschimpfen zu lassen, jahrelangelange mühsame Gewerkschaftsarbeit von einem beliebigen hereingeschmetzten Buchstaben lästern zu lassen, dazu waren sie nicht hergekommen. Das wurde Herrn Beisitz recht einbringlich zu Gemüte geführt, so daß er bald aufhören mußte.

Das war das Ende dieses mit großen Hoffnungen unternehmenen Sturms auf Leipzig. Seine Urheber dürften eingeschlagen haben, daß ihre Mühe umsonst ist. Sie haben sich geteilt. Unzufriedenheit mit den Maßnahmen der Leitungen ist noch kein Zeichen des Einverständnisses mit den hoffnungslosen Konfessionen, die jemals in der deutschen Arbeiterbewegung heraufgeputzt haben.

Christliche Wahrheitsliebe.

Mit Vorliebe berichten christliche Gewerkschafts- und Zeitschriftsteller über angebliche Exorzismusfälle und Angebotsfälle freier Gewerkschaftler, wobei in der Regel aus einer Munde ein Elefant gemacht und Weisentliches hingeworfen oder weggelassen wird. So lesen wir z. B. in der Nr. 32 der „Baugewerkschaft“ ein Urteil des hiesigen Landesversicherungsamtes nebst den Gründen, worin gesagt ist, daß ein gewisser Kaufmann, der dem Bauführerverbande angehört, einen Arbeiter, namens Regel, der den 1. Mai nicht feiern wollte, durch einen Bursch mit einem Fingerring auf der Brustseite verurteilt habe, was auch wir verurteilen. In Wirklichkeit lag aber der Fall so, daß, wie gerichtlich festgestellt, dieser Bursch von H. gegen L. erst am Abend des 1. Mai, etwa um 5 Uhr, geführt wurde. Also beide Arbeiter hatten den ganzen Tag am 1. Mai gearbeitet. Es kann sonach doch im Ernst nicht behauptet werden, daß der Kaufmann den ihm zum Feiern des 1. Mai veranlassen wollte, da er ihn, doch selbst nicht feierte. Aber, um die angebliche Mordtat der freien Gewerkschaftler beweisen zu können, wird über solche Fälle falsch berichtet. Wenn aber in den Reihen der „wahren Christen“ Mordtaten vorkommen, so weiß die „Baugewerkschaft“ davon nichts zu berichten. In Gropshausen bei Nürnberg erklärte ein Maurer seinen Austritt aus dem christlichen Verbande, worauf der Vorsitzende durch Zerstörer verurteilt, den christlichen Verband zu gewinnen. Da er aber bei seiner „Aufklärung“ Faust und Messer gebrauchte, wobei der Entlassene schwer verletzt wurde, so nahm sich der Genarm dieser Agitationsmethode an und der christliche Agitator wurde mit zwei Monaten Gefängnis bestraft. Solche Geben in Christo in den Spalten der „Baugewerkschaft“ zu verewigen, fällt aber den geistigen Leitern dieses Blattes nicht ein. Wenn man im Glashause sitzt, soll man nicht mit Steinen werfen.

Zentralkrankenkasse.

(Grundstein zur Einigkeit.)

In der Woche vom 9. bis 15. August sind folgende Beiträge eingegangen: Von der örtlichen Verwaltung in Leipzig M. 300, Seyda 100, Zwenkau 100, Hamb.-Minden 100, Groß-Wöden 100, Bromberg 100. Summa M. 806.
Zuschüsse erhielten: Mannheim M. 300, Götting 150, Frankfurt 100, Solingen 90. Summa M. 640.
Mitteln am 15. August 1908.

Karl Reih, Hauptkassierer, Wilhelmstr. 57.

Aus den Verwaltungsstellen.

Den Mitgliedern der Zentral-Krankenkasse (Grundstein zur Einigkeit) von Zastrow und Umgebung wird hiermit bekannt gegeben, daß sich in Zastrow vom 1. August an eine Verwaltungsstelle der Kasse befindet. Die Mitglieder haben sich beim Kassierer Delle, oder jeden ersten Sonntag nach dem 15. im Monat von 8 bis 9 Uhr im Verwaltungskollegium in Zastrow zu melden. Dort werden auch die Krankheitsbeiträge einkassiert. Der Bevollmächtigte Robert Wille wohnt in Saffel.

Vom Bau.

Anfälle, Arbeiterschutz, Submissionen etc.

Kollegen! Unterlaßt nie, von Anrufen, Baueinstürzen, überhaupt von allen wichtigen Vorfällen auf den Bauten schnellstens einen jaglichen Bericht an Euer Jagblatt zu senden.

Bromberg. Mehrere Baueinstürze ereigneten sich am dem Neubau der Gebr. Holz in der Danzigerstraße. Am 1. August brach ein Steinträger, als er das Gerüst betrat, mit der Last durch und stürzte 2 m tief auf ein Gerüst herab. Er erlitt mehrere innere und äußere Verletzungen. Etlliche Tage vorher fiel ein eiserner Träger

kerab. Wunderbarerweise ging kein Menschenleben zu Grunde. Am 3. August, vormittags, brach beim Aufziehen von Balken der Dachstuhl und stürzte mit der vollen Last herab, glücklicherweise kamen die Passanten mit dem Schrecken davon. Nachmittags brach der Kollege Gerardi mit einem Stuhlgerüst, das über alle Mägen leichtfertig gebaut war, durch und stürzte 5 m in die Tiefe. Er erlitt einen Schläfenhirnblut und mehrere äußere Verletzungen. Am 18. August verunglückte der Kollege Böhle auf dem Neubau des Mauremeisters Wiese in der Gräfenstraße beim Verlegen eiserner Träger. Er erlitt Querschnitten an drei Fingern der rechten Hand.

Darumund. Am 11. August stürzte ein neuer Schuppen in der Guderstraße zusammen. Mehrere Maurer wurden verletzt, die Zimmerer kamen mit nicht geringem Schrecken dabei weg. Unser Verbandskollege J. Jörres erlitt sehr schwere Verletzungen. Der Brustkorb wurde ihm eingebrückt, außerdem erlitt er einen dreifachen Beinbruch. J. wird kaum mit dem Leben davonkommen. Ein Windstoß soll die Ursache des Unglücks gewesen sein. Wäre aber der aufgestellte Schuppen genügend versteift gewesen, so hätte er durch einen leichten Windstoß nicht umfallen können. Herr Franke (der Bauausführende) sollte lieber die Regeln der Baukunst besser beobachten und auch den Tariflohn zahlen, das wäre besser, als Leben und Gesundheit der Arbeiter so aufs Spiel zu setzen.

Neutlingen. Als der Kollege Gottfried Weg von Mühlacker am 5. August in der hiesigen Wollischen Mühlenfabrik mit einem Monteur an einer eisernen Säule arbeitete, fiel ihm ein Eisenplättchen ins rechte Auge, so daß das Auge sofort ausblutete. Der Kollege wurde nach Tübingen in die Augenklinik gebracht.

Regensburg. Dienstag, den 11. August, verunglückte am Neubau der Hofkapelle in Regensburg der Kollege Fride. Er war mit Verlegen in einem 8 m langen und 3 m tiefen Kanal beschäftigt. Obgleich nur loser Sandboden dort lagert, war nicht eine einzige Stütze angebracht, um ein Einstürzen zu verhindern. Wie vorausgesehen war, stürzten die Sandbänke ein und begruben Kollegen F. vollständig. Nachdem man einen Meter Sand weggeräumt hatte, gelang es, den Verletzten ans Tageslicht zu befördern. Ein Arzt stellte Querschnitten des Brustkorbes fest. Schon vor einiger Zeit war dort von einem Eisenbahnwagen eine Stellscheibe umgefahren worden. Ueberhaupt herrschen dort über den Arbeiterdicksonderbare Ansichten. Die Hauptsache ist: nur immer hoch. Ein besonderer Anhänger des Treiberbegriffs ist der dort beschäftigte Polier B. des Unternehmers Trüper. Seine Tätigkeit ist dort infolge der Eucht nach möglichst hohem Profit durch Treibererei derartig in Anspruch genommen, daß infolgedessen keine Zeit übrig bleibt, die Bestimmungen über Arbeiterschutz zu beachten. Es mag noch erwähnt sein, daß trotz der Vertragsbestimmungen Verbandmittel zur ersten Hilfeleistung bei Unglücksfällen auf dieser Baustelle fehlten.

* Zum Baueinsturz in Charlottenburg. Der schon in der vorigen Nummer besprochene Baueinsturz in Charlottenburg ist nach mehr als einer Richtung hin interessant. Ein glücklicher Zufall hat dabei mitgewirkt; denn hätten sich nicht die sieben Maurer, die oben im vierten Stock die Gleise ausmauerten, gerade zur Weile in die Wirtshaft begeben, so wäre es wahrscheinlich nicht ohne Todesfälle abgegangen. Ein Zufall also nur hat Schlimmeres verhütet. Gewiß ist richtig, daß das Material recht schlecht war; aber ebenso richtig ist auch, daß die Arbeit nicht besser war. Der Bau wurde nicht in Accord, sondern im Tagelohn ausgeführt, aber von Affordmauerern. Der Berliner Affordmaurer von heute ist ein lebendiger Sohn aus dem Maurerhandwerk. Daß diese Leute ganz gottschämmerlich prüfen, wenn sie in Accord arbeiten, weiß jeder, und man hält es ihnen zu gute, weil sie es da wohl müssen. Aber diese gewissenlose Arbeitsweise wird ihnen ganz von selbst zur Gewohnheit, so daß sie auch nicht besser arbeiten, wenn sie im Tagelohn stehen. Und so war es hier. Wozu ein richtiges Einbetten der Ziegel in den Mörtel, wozu volle Fugen — nur immer los, hoch! hoch! das ist die Hauptsache. Und damit nicht zu viel Zeit mit dem Durcharbeiten des Mörtels vertrieben wird, man hübsch sparsam mit dem Material! Wo die Regeln der Baukunst dabei bleiben, das kümmert die Leute nicht, weder die Gesellen noch der Polier, noch der Unternehmer. In einem Tage hat man drei bis vier Rüstungsböden herausgeschüßelt. Die Baugrube zu dem Gebäude war sehr knapp ausgehoben, so daß beim Mauern des Fundaments häufig Sand auf das Mauerwerk fiel. Den hat man nun nicht etwa beseitigt, sondern einfach in die Fugen gestoßen, in die Fugen, wo der Mörtel hineingehört. Das Gebäude ruhte im Erdgeschoß auf sechs oder sieben Pfeilern, die also sehr stark belastet waren, und dann eine solche liebliche Arbeit schon im Fundament! Ueber eine vorläufige Untersuchung durch Sachverständige berichtet das „Berliner Tageblatt“:

„Soviel läßt sich schon jetzt sagen, daß das beim Bau verwendete Steinmaterial vollständig mangelhaft und mangelhaft war. Die Verantwortung scheint ebenfalls nicht genügend gewesen zu sein, so wie selbst an einigen Stellen ganz. Die Qualität des verwendeten Mörtels gibt zu Bedenken keinen Anlaß, doch lassen sich Räume im Mauerwerk darauf schließen, daß ein Mörtel gespart und die Arbeit überhastet wurde. Ein abschließendes Urteil wird sich erst nach genauer Festlegung des Baues gewinnen lassen. Wäre das Haus zwischen alten Gebäuden eingebaut worden, so würde das mangelhafte Steinmaterial wohl jedem Auge widerstand haben. Da es sich hier aber um einen völlig isoliert stehenden Bau handelt, so ist der Unfall erklärlich. Jeden-

falls muß auch der noch stehende Teil des Gebäudes abgetragen und neu aufgeführt werden.“

So bestätigen also die Sachverständigen die Angaben unserer Gewährsmänner. In diesem Zusammenhange verdient erwähnt zu werden, daß man im Jahre 1906, einen Antrag der Charlottenburger Bauarbeiter auf Verschärfung der Baukontrolle durch Arbeiterkontrollen abgelehnt hat, weil die Kontrolle angeblich genüge und ein Bedürfnis nach deren Vermehrung nicht vorliege. Und dabei ist dieser Unglücksbau noch nie kontrolliert worden. Erst dieser Einsturz mußte kommen, ehe die Polizei auf diese Bauerei aufmerksam wurde.

Der Einsturz sollte aber auch dem Verband der Berliner Baugeschäfte zu denken geben. Seit seinen Tagungsanfang anno 1907 läßt er sich die Förderung der Affordmauerer ganz besonders angelegen sein, und die Affordmauerer hat er natürlich darum in sein weites Herz geschlossen. Vom Standpunkte der reinen Profitmacherei kann man das wohl verstehen; aber ein besonderes Interesse für handwerksgerechte Bauausführung verrät es nicht. Ein Nachfaktor, wie es der Verband der Berliner Baugeschäfte für das reichshauptstädtische Baugesetz zweifellos ist; sollte sich der Verantwortung bewußt sein, die er vor der Öffentlichkeit zu tragen hat. Wäre er sich dessen bewußt, so dürfte er nach solchen unheilvollen Folgen der Affordarbeit nicht zögern, mit den Arbeiterorganisationen gemeinsam einer weiteren Verabschiedung der Bauarbeit entgegenzutreten.

Das „Zentralblatt für das deutsche Baugesetz“ will allerdings nicht wahr haben, daß der Bau an liebreicher Arbeit aufgegeben ist. Es meint, „daß im allgemeinen das Bauwerk den normalen Anforderungen genügt“. Es kommt hierbei darauf an, was man sich unter „normalen Anforderungen“ denkt. Wir denken uns dabei sehr viel und fordern für eine überhöhlte großstädtische Mietskaserne eine ebenso gewissenhafte Arbeit wie für eine herrschaftliche Villa oder ein prunkendes Geschäftshaus in der City. Wenn jedoch das Zentralblatt seine normalen Anforderungen bei diesem Bau befriedigt sieht, so müssen wir bedauern feststellen, daß uns auch in diesem Punkte große Meinungsverschiedenheiten trennen. Wir wollen unser Urteil über die Bauweise ganz zurücktreten lassen und wollen anführen, was die technisch sehr gut versorgte „Baugewerks-Zeitung“ (Gerausgeber Bauart Felsch) darüber meint. Sie schreibt in Nr. 66:

„Es handelt sich um ein Mauerwerk, bei welchem man leichtsinnigerweise nicht Zement- oder Kalkmörtel, sondern größtenteils Sandmörtel verarbeitet zu haben scheint; auch das Stahnmaterial ist offenbar minderwertig. Von einem Steinverband hat man größtenteils ganz abgesehen, die Steine vielmehr, namentlich in den Ecken und Giebelwänden, regellos übereinander gepackt, so daß von einem funktionierenden Steinverband gar keine Rede sein kann.“

Die aus allen vier Stockwerken bis in den Keller abgestützten Balken haben nur geringe Auflager gehabt und zeigen nicht die geringste Spur von irgendwo vorhanden gewesenem Kopfsanker. Die kläglichen Ueberreste der Maueranker in der Frontwand beweisen ebenfalls die mangelhafte Verankerung. Auch die Verlegung der tragenden Einfeldsteine scheint keine sorgfältige gewesen zu sein, denn in den stehengebliebenen Gebäudeteilen sieht man z. B. verschiedene Ueberbedeckungsträger, welche nicht wagerecht liegen.

Die Ursache der Katastrophe wird deshalb wohl nicht im schlechten Baugrunde, sondern in schlechter Arbeit und mangelhaftem Material zu suchen sein.“

So urteilt die „Baugewerks-Zeitung“ über die Arbeit an diesem Bau, die den „normalen Anforderungen“ des Zentralblattes genügt! Das ist kein „Reporierium“, keine „Partei-Preße“, gedruckt Zentralblatt! Und nun zur Frage der Affordarbeit. Man postet darauf, daß der Bau im Tagelohn ausgeführt wurde. Ganz recht, wir haben nie etwas anderes behauptet; aber er wurde doch ausgeführt von Affordmauerern, das ist der springende Punkt. Diese Leute sind so solber Arbeit eben nicht fähig, ehe sie nicht eine gewisse Quarantäne durchgemacht haben. Die Unternehmer behaupten, daß sie die Affordarbeit nur als Gegenmaßnahme gegen die Foulenger-Politik (wie wir uns die Bezeichnung ca. canny frei zu überlegen gestatten) benutzten. Es ist noch kein elenderer und verlogenerer Wortwurf gegen die deutschen Arbeiter erhoben worden als dieser. Und nun gar den Berliner Mauern diesen Vorwurf machen, das heißt denn doch des Guten etwas zu viel tun. Im ganzen Lande kennt man das Berliner Tempo und das Zentralblatt mag doch einmal bei seinen Abenteuern in Rheinland oder in Schlesien anfragen, wie sie über die Leistungen der Berliner Maurer denken. Mit solchen begreiften Waffen sollte man gerade im Zentralblatt nicht kämpfen. Warum es das tut, kann man sich ja denken, wenn man beachtet, was es weiter schreibt: (Durch die Erörterungen über die schlechte Arbeitsweise an diesem Bau) „wird die Baukraft verringert. Mit Behauptungen, daß in Berlin allgemein schlecht gebaut werde, werden die Derouten auf dem Bauminarkt vergrößert und die wirtschaftlichen Verhältnisse noch verschlechtert.“ Das Zentralblatt meint also, man sollte darüber nicht reden, damit das baulustige Publikum nicht topfisch werde. Soweit man aus diesem Unglück herallgemeinernde Schlüsse zieht, halten wir das auch für unzulässig. Wir glauben im Gegenteil, daß der größte Teil der Berliner Neubauten gut und

solide aufgeführt wird. Aber dieser größte Teil hört da auf, wo die Affordarbeit anfängt. Die Maurer müßten ja Engel sein, wenn es anders wäre; denn sie arbeiten doch darum Afford, um mehr zu verdienen als im Tagelohn, und das können sie nur, wenn sie die Quantität der Arbeit auf Kosten der Qualität steigern. Im übrigen aber kann die Verschwendung dieser Mißhände nicht von Schaden sein, und als ihren besten Erfolg würden wir begrüßen, wenn sich innerhalb und außerhalb des Baugesetzes die Ueberzeugung von der Schädlichkeit der Affordarbeit für Arbeiter und Arbeit allgemein Bahn bräche.

* Wie die Unternehmer mit den Baukontrollen umspringen, zeigt ein Fall, der sich jüngst in Nürnberg zugetragen hat. Am Neubau des Baumeisters P. Sörgel, Stoberstraße, wurde von dem beauftragten Bauausführer am 3. August Baukontrolle vorgenommen. Der Bauausführer beanstandete beim Ziegelaufbau den schäblichen Aufguss, haken und verlangte, daß dieser durch einen vorchriftsmäßigen ersetzt werden soll. Statt aber diesem Auftrage nachzukommen, führte der anwesende Dachdeckermeister Alfa, Dammstraße 1, wie ein Wüstenfuchs auf den Bau aus, er habe zu riesigen Appetit, den Bauanführer mit Haut und Haaren zu verschlingen. Ganz erregt sagte dieser Herr: „Wenn Ihnen der Haken nicht paßt, dann kommen und machen einen anderen dran, im übrigen muß ich mit Ihnen zusammenrechnen; ich habe Ihnen mit meinem Stock den gehörigen Ausmaß!“

Weiter behauptete sich der Herr gemeiner Schimpfworte, die in einem Reizton nicht zu finden sind. Gleich darauf folgte der zweite Aufzug. Als der Bauausführer nach der Kontrolle wieder herunterging, begegnete er wieder Herrn Alfa. Sofort sprang Alfa mit gehobenen Stock auf ihn zu und machte Miene, auszufallen. Der Mut hierzu war aber nicht da, und da mußten wieder Worte herhalten wie: „Meistfischer“, „Sie sind nicht fähig, auf den Baufen was zu beanstanden, weil Sie kein gelernter Baugewerker sind!“

Die Arbeiter, die das mit angehört haben, wissen ja nicht, ob Herr Alfa ein tüchtig gelernter Dachdecker ist. Sie wissen aber, daß der betreffende Bauausführer hier in Nürnberg vor mehr als 30 Jahren sein Handwerk erlernte und daß er bis zu seiner Anstellung stets als Geselle und Polier hier tätig war. Ob Herr Alfa schon im Schweiße seines Angesichts (natürlich durch die Arbeit) Brot gegessen, bezweifeln wir. Wir wollen nur die Handlungsweise dieses Unternehmers der Öffentlichkeit übergeben, damit die Behörde erfährt, wie ihre beauftragten Beamten von arbeitserfährlichen Unternehmern behandelt und beleidigt werden, wenn sie ihre Pflicht gewissenhaft erfüllen. Auch die Öffentlichkeit soll über eine derartige Handlungsweise ihr Urteil fällen. Wenn die Staatsanwaltschaft sich nicht den Vorwurf zuschieben will, daß sie nur gegen Verleumdungen von Arbeitswilligen Anklage erhebt, dann muß auch sie hier einschreiten. Dem Bauausführer möchten wir aber den Rat geben, sein Verhalten, das er bei den Arbeitern genügt, zu sichern und gegen solche Mißgriffe vorzugehen. Auch die Baubehörde sowie der Stadtmagistrat werden ersucht, der Sache näherzutreten und solchen Uebergriffen der Unternehmer ein Ende zu machen. Uebrigens kann die Notwendigkeit der Baukontrolle aus Arbeiterkreisen durch nichts besser bewiesen werden, als durch solche Vorkommnisse.

* Die nordöstliche Baugewerks-Vernfsgenossenschaft veröffentlicht kürzlich ihre Statistik für das Jahr 1907. Demnach zählte diese Berufsgenossenschaft am Schlusse des Berichtsjahres 28 683 versicherte Betriebe, die 238 762 Arbeiter beschäftigen. Die größte Zahl der Versicherten stellen die Maurer mit 113647, die Maler mit 21 093, die Zimmerer, mit 81 280 ufm.

Der Bericht erwähnt, daß allein A 56 000 an Beiträgen ausfielen, da eine Zwangsabfuhrung bei den versicherten „Bauunternehmern“ fruchtlos war. Die beigefügte Aufstellung ergibt, daß die Berufsgenossenschaften durch ihre Gefahrenklassen einzelne Berufe ganz gehörig zu Beiträgen heranziehen können. So zahlen z. B. die Kapezierer für A 100 Lohn in den einzelnen der fünf Sektionen nur 40 bis 55 s, während wieder die Unternehmer für „Abbruch von Gebäuden“ auf die gleiche Lohnsumme A 9,90 bis A 13,86 zu zahlen haben.

Gemebelt wurden im Berichtsjahre 11 166. Unfälle, gegen 12 706 im Vorjahre.

Vor Ablauf der 13. Unfallwoche hatten die Krankenkassen auf ihre Kosten schon 9490 dieser Unfälle geheilt, so daß nur noch 1676 Unfälle der Berufsgenossenschaft zur Entschädigung aufzählen.

Dem Bericht ist eine Statistik der Unfälle des Jahres 1906 beigegeben, in bekannter tendenziöser Weise aufgebaut, beweisen soll, daß

Montag	vormittags	1143,	nachmittags	1110
Dienstag	964,	1052		
Mittwoch	1060,	1026		
Donnerstag	1026,	1087		
Freitag	1042,	1133		
Sonntabend	997,	1029		
Sonntag	29,	8		

Unfälle sich ereignen haben.

Um diese Statistik richtig zu würdigen, ist es nötig zu beachten, woraus es sich erklärt, daß relativ die meisten Unfälle am Montag sich ereignen. Die Schornmacher behaupten, die Ursache liege in den „Bauzustellungen des übermäßig genossenen Alkohols und sonstigen Ausschweifungen“ zu suchen. Der Wahrheit wird man aber gerecht, wenn man bedenkt, daß der Beginn eines neuen Arbeitsverhältnisses in der Regel auf den Montag entfällt und die Gefahren für den in einem neuen Betrieb eintretenden Arbeiter viel größer sind als für den schon längere Zeit in ihm beschäftigten.

Aus anderen Berufen.

* **Vorläufige Zahlen über die Entwicklung der deutschen Gewerkschaften im Jahre 1907.** Nach der Mitteilung des "Correspondenzblattes" ist die Mitgliederzahl der gewerkschaftlichen Zentralverbände von 1.799.293 am Jahresabschluss 1906 auf 1.873.146 Ende 1907 gestiegen, woraus sich eine Zunahme um 73.853 ergibt. Im Jahresdurchschnitt 1907 betrug die Mitgliederzahl 1.865.506 (gegen 1.689.709 im Durchschnitt 1906) — eine Zunahme von 175.791. Diese Zunahme, obwohl sie hinter denjenigen der Vorjahre etwas zurückbleibt, ist doch immer recht ansehnlich, die das Wachstum des Gewerkschaftslebens genügend widerlegt. Die Gesamtmitgliedschaft aller Zentralverbände stieg von 1.416.022 (1906) auf 1.478.784 im Jahre 1907. Die Gesamtsumme erreichte im Jahre 1907 1.431.221 gegen 1.368.963 im Jahre 1906. Der Vermögensbestand aller Verbände hob sich von 1.253.126 (1906) auf 1.332.545 Ende 1907. Die Finanzentwicklung der Gewerkschaften war also recht günstig. Die Gewerkschaften haben nichts an Mitglieder- und Schlagkraft eingebüßt, sondern nach beiden Richtungen hin, trotz der Unruhm der Wirtschaftslage im Vorjahre, ansehnliche Fortschritte aufzuweisen. In nachfolgender Tabelle geben wir eine Zusammenstellung der Mitgliederzahlen, Einnahmen und Ausgaben der Zentralverbände.

Zahl der Mitglieder, Jahreseinnahme und Jahresausgabe 1907.

Organisation	Zahl der Mitglieder im Jahresdurchschnitt	Jahreseinnahme in M.	Jahresausgabe in M.
Altkassierer	498	10741	5537
Bäder und Konbitorien	12624	345232	345502
Barbiere	2229	38026	41180
Bauhilfsarbeiter	71268	1860207	1806738
Bergarbeiter	110888	1777845	1056780
Büchsenmacher	4603	251183	286796
Büchsenmacher	430	5144	3320
Büchsenmacher	7989	193584	163021
Büchsenmacher	31612	775644	580289
Büchsenmacher	21200	489441	348651
Büchsenmacher	52864	3095845	2050870
Büchsenmacher	13961	265252	116853
Büchsenmacher	1305	14844	15763
Büchsenmacher	6403	174553	170292
Büchsenmacher	134233	2488687	1769031
Büchsenmacher	3035	35335	38931
Büchsenmacher	437	22017	14912
Büchsenmacher	4952	92528	96667
Büchsenmacher	6728	158075	140796
Büchsenmacher	24997	469823	356615
Büchsenmacher	15618	284318	168981
Büchsenmacher	4762	127225	117108
Büchsenmacher	25168	866023	831617
Büchsenmacher	7531	84841	83307
Büchsenmacher	3846	83080	93673
Büchsenmacher	149501	778578	7408284
Büchsenmacher	3152	44035	30022
Büchsenmacher	6947	182273	169135
Büchsenmacher	4069	110864	84344
Büchsenmacher	2193	45060	30817
Büchsenmacher	1846	26011	19438
Büchsenmacher	7874	231029	226642
Büchsenmacher	15777	996015	756993
Büchsenmacher	39009	931108	728623
Büchsenmacher	17008	377829	243822
Büchsenmacher	192582	5018900	3791974
Büchsenmacher	355386	1156649	976682
Büchsenmacher	1254	56942	68509
Büchsenmacher	4744	113082	94771
Büchsenmacher	424	26156	24842
Büchsenmacher	467	10965	13190
Büchsenmacher	3955	84489	45977
Büchsenmacher	14725	399987	146012
Büchsenmacher	7011	188715	163118
Büchsenmacher	3762	84327	64370
Büchsenmacher	487	5129	2778
Büchsenmacher	18797	422284	345641
Büchsenmacher	38159	637337	719516
Büchsenmacher	2484	36689	46359
Büchsenmacher	37188	686979	583248
Büchsenmacher	7720	187570	254350
Büchsenmacher	19176	409650	359991
Büchsenmacher	10403	366023	213829
Büchsenmacher	8293	155699	122591
Büchsenmacher	30676	834528	787843
Büchsenmacher	8604	240587	286371
Büchsenmacher	121265	1654437	1225152
Büchsenmacher	11914	288378	409127
Büchsenmacher	87259	1570913	1508254
Büchsenmacher	489	11215	8037
Büchsenmacher	2802	83436	57631
Büchsenmacher	54395	1637330	1349401
Büchsenmacher	1188	17562	14732
Summa	1865506	6196784	43122519

* **Der „Lustan“.** Die Mieter haben sich endlich nach mehrfachen Versammlungen bewegen lassen, die Wiederannahme der Arbeit zu beschließen. Sobald das geschehen ist, soll die Ausperrung aufgehoben werden, womit dann dieser zweifelhafte, unheilvolle Konflikt beendet wäre. Auf den Berufen außerhalb Steintins ist es nicht zur Ausperrung gekommen. Man hatte dort noch eine Frist vereinbart, die abgewartet werden sollte, ehe mit der Ausperrung begonnen würde. Es ist nun vorher zum Frieden gekommen. Das Verhalten der Mieter war gemeinnützig, eigenständig, das ist richtig; aber es war es nur, weil das Werkkapital in seinem Übermut diesen verhältnismäßig kleinen Streit mit einer Mietersuspension zu beenden drohte. Darum ist wohl die Arbeiterpresse berechtigt, den Mietern Vorhaltungen zu machen, aber die bürgerliche Presse hatte und hat kein Recht dazu. Möchte sie sich hüten, in den Streit hineinzukommen, so wäre ihre Pflicht

gewesen, den Kapitalisten den Text zu lesen, die sich nicht scheuen, viele Tausende Arbeiter und Arbeiterfamilien in einen Streit mit hineinzuziehen, den sie mit einer kleinen Gruppe von Arbeitern teilen. Überdies merkte man, von wenigen Ausnahmen abgesehen, nichts. Nur den Arbeitern gedachte man Moral zu predigen, die sollten Einigkeit und Verantwortungsgedanken haben, die Brutalität der Werkskapitalisten erdreiste man sich nicht zu tadeln.

Die Arbeiter sind es nun so auch gewesen, die nachgeben. Wenn jemals das Wort zutrifft, daß der Klügste nachgibt, so trifft es hier zu. Aber nicht nur die größere Klugheit haben die Arbeiter bewiesen, sondern auch das größere sittliche Verantwortungsgedanken, von dem die Unternehmer keine Spur merken ließen.

* **Die Organisation der Landarbeiter** wird nun bald energisch betrieben werden. Der letzte abgehaltene Verbandstag der Fabrikarbeiter hat beschlossen, auf die Zugehörigkeit der Landarbeiter zum Verband der Fabrikarbeiter zu verzichten, und hat sich wieder für eine selbständige Organisation für diese Arbeitergruppe ausgesprochen. Damit ist die Bahn für eine Landarbeiterorganisation frei. Die Generalversammlung wird jedenfalls bald die notwendigen Maßnahmen treffen. Gerade unsere Mitglieder, besonders die in den ländlichen Gebieten, stehen vielfach den Landarbeitern nahe. Für sie erwacht damit die Pflicht, der neuen Organisation die Wege zu ebnen. Wir sind überzeugt, daß das überall mit Freuden geschehen wird.

Generalversammlungen.

Der Verband der Brandenburger Arbeiter hielt vom 7. bis 11. Juli in Wundt seinen 16. Verbandstag ab. Wie der Bericht des Vorstandes zeigte, hat sich der Verband während der Berichtsperiode, das heißt in zwei Jahren, sehr gut entwickelt. Zu Beginn des Jahres 1906 waren 24.866 Mitglieder vorhanden, am Schluß des Jahres 1907 33.255. Neuaufgenommen wurden 28.163, es hat aber ein starker Wechsel im Mitgliederbestand stattgefunden. Das Verhältnis der im Verband Organisierten zu den im Beruf Beschäftigten beträgt 32 pht. In den christlichen Gewerkschaften sind 507 und in kirchlich-darstellenden Gewerkschaften 192 Berufsangehörige organisiert. Mit und ohne Streiks erzielten in der Berichtsperiode 16.010 Arbeiter zusammen 77.554 Stunden Arbeitszeitverlängerung und 31.740 Arbeiter zusammen 81.083 Lohnerhöhung pro Woche. Das ist durchschnittlich 2.55 Lohnerhöhung und 4,8 Stunden Arbeitszeitverlängerung pro Mann und Woche. Tarifverträge wurden 381 mit 11.000 interessierten Personen abgeschlossen. Ende 1907 behandelten 455 Tarifverträge für 1015 Betriebe mit 48.175 Arbeitern. Selbstständige Gauleiter sind zur Zeit 13 angestellt. Sowohl der Vorstand wie auch der Verbandstag waren mit den Erfolgen, die durch die Gauleiter erzielt wurden, zufrieden.

Der wichtigste Punkt der Tagesordnung war die Frage der Verschmelzung zu einem Verbande der Arbeiter der Lebens- und Genussmittelindustrie. In dieser Frage hatten bereits Verhandlungen zwischen den in Betracht kommenden Verbänden stattgefunden. Die Frucht dieser Verhandlungen war ein Kartellvertrag mit den Verbänden der Bäder und Konbitorien, Fleischer und Mühlenarbeiter, der die gegenseitige Unterstützung bei Agitation, Streiks und Boykotts, sowie die Verständigung bei Anstellung von Gau- und Bezirksleitern begreift. Zur Frage der Verschmelzung lag folgender Antrag des Referenten vor: „Der Hauptvorstand wird beauftragt, die Gründung eines Industrieverbandes in die Wege zu leiten. Er hat dafür zu sorgen, daß bei allen beteiligten Verbänden zuerst eine Abstimmung stattfindet, hat, und nur diejenigen Verbände zugelassen werden, bei welchen sich zwei Drittel der Mitglieder dafür erklären.“ Nach eingehender Besprechung wurde er mit Einstimmigkeit abgelehnt, dagegen mit 48 gegen 23 Stimmen folgende Resolution des Korreferenten angenommen:

„Der Verbandstag erklärt sich im Prinzip für die Gründung von Industrieverbänden. Da der Zusammenschluß einzelner Berufsgruppen zu Industrieverbänden aus Zweckmäßigkeitsgründen geschieht, so kann nur dort der Zusammenschluß befürwortet werden, wo durch die technische Entwicklung die eine Berufsgruppe in das Abhängigkeitsverhältnis der anderen gebracht wird. In Anbetracht dessen, daß in den Berufen der Bäder, Metzger, Müller und Brandenburger Arbeiter die Verbindungspunkte, welche andere Organisationen zum Zusammenschluß geführt haben, nicht vorhanden sind, ist vorläufig keine Notwendigkeit zum Zusammenschluß dieser Berufsgruppen gegeben. Es beschließt bezüglich der 16. Verbandstag zu Wundt, von einer Verschmelzung der Organisationen der Bäder, Metzger, Müller und Brandenburger Arbeiter vorläufig Abstand zu nehmen, weil die Voraussetzungen für den Zusammenschluß fehlen.“

Eine sehr eingehende Diskussion fand über die Frage der Erhöhung der Beiträge und der Unterhaltungen statt. Alle sich darauf beziehenden Anträge wurden einer Kommission überwiesen. Nach deren Vorschlägen wurde dann beschlossen: Der Beitrag beträgt für männliche Mitglieder bei einem Wochenlohn unter 18 (ausschließlich des Hausstands) und für weibliche Mitglieder 30 pht. pro Woche, für Mitglieder mit 18 und darüber 50 pht. pro Woche, Kost und Logis bei dem Arbeitgeber werden mit 12 pht. pro Woche berechnet. Eine Erweiterung der Unterhaltungseinrichtungen und Erhöhung der Sätze wurde abgelehnt.

Gewerbliche Rechtspflege und Arbeiterversicherung.

* **Das Opfer seines Berufs.** Dem Arbeiter D. fiel auf seiner Arbeitsstelle am 14. September 1907 aus der Höhe der vierten Etage ein Mauerstein mit beratiger Gewalt auf den Kopf, daß er bewußtlos zusammenbrach; er wurde arbeitsunfähig infolge eines sich entwickelnden Hirnleidens. Die Nordöstliche Baugewerkschafts-Berufsgenossenschaft bewilligte dem Verletzten vom Beginn der vierzehnten Woche eine Rente von 30 pht. und zwar auf Grund folgenden „Gutachtens“ ihres Vertrauensarztes: „Es hat sich um eine leichte Gehirnverletzung gehandelt. Es empfiehlt, ihn wegen zuweilen auftretenden Schwindelgefühls eine zeitige Rente von 30 pht. zu gewähren als Übergangsrente.“ Auf vom Arbeiterssekretariat Berlin eingelegte Verurteilung beim Schiedsgericht ließ dasselbe den

Verunglückten durch Prof. W. untersuchen. Dieser Arzt kam zu dem Resultat, daß D. eine stichtische Wunde und Demenz zeige. Es wurden nun die früheren Mitarbeiter des D. vernommen, ob sie bei D. vor dem Unfall Zeichen von Blödsinn bemerkt hätten. Festgestellt wurde, daß D. vor dem Unfall ein tüchtiger, fleißiger und besonnener Arbeiter gewesen war.

Das Schiedsgericht überwies nunmehr den Verletzten der Klinik des Medizinalrats Dr. L. zur Beobachtung. In seinem Gutachten kommt Dr. L. zu dem Schluß, daß D. außer der auffälligen und dauernden Steifhaltung des Kopfes noch an nervösen Reizerscheinungen leidet, daneben aber ein fruchtbarer und ungefühlter reifer Mensch ist. Seelische Störungen lassen D. als geistig erkrankt erscheinen. Dr. L. hält den Verletzten daher im Gegensatz zu dem Vertrauensarzt der Genossenschaft für vollständig erwerbsunfähig.

Demgemäß entschied das Schiedsgericht und bewilligte die Rente.

* **Ueber die Krankenversicherung im Jahre 1906** sind jetzt die endgültigen amtlichen Zahlen veröffentlicht worden. Wir geben die hauptsächlichsten derselben nachstehend wieder:

Kassen	Zahl in Kassen	Mitglieder im Durchschnitt des Jahres	Krankheitskosten überhaupt	auf ein Mitglied	Vermögen
			„	„	„
Gemeinde-	8366	1540486	17379304	11,28	2297487
Orts-	4741	5950187	122388950	20,57	105993724
Betriebs-	7823	2991378	78673748	26,30	97111375
Vau-	46	29706	564277	24,95	304552
Summa	744	264122	5325936	20,16	4271912
Eingelichene	1389	884104	16844273	19,05	18452316
Landesrechtliche	155	36405	617116	16,95	1779382
Zul. ... 1906	23214	11689388	241798604	20,68	230211298
1905	23127	11184476	232243886	20,76	202957455

Im Jahre 1906 waren also 23.214 Kassen vorhanden, 87 mehr als im Vorjahre; während die Anzahl der Kassen bei den Betriebskrankenkassen um 49 und bei den Innungs-krankenkassen um 24 gestiegen ist, ist bei den Eingelichenen Kassen um 26 zurückgegangen. Gemeinde-krankenkassenversicherungen sind 33 mehr zuzugewachsen als im Vorjahre.

Die Anzahl der Mitglieder im Durchschnitt des Jahres betrug 11.689.888, der Zuwachs an Mitgliedern gegen das Vorjahr rund 505.000. Das Wachstum trifft hauptsächlich wieder die Ortskrankenkassen mit 813.000, auch Betriebskrankenkassen nahmen mit 157.000 an dem Wachstum teil, ferner die Eingelichenen Kassen mit 26.000 und die Gemeindekrankenkassen mit 13.000. Die Landesrechtlichen Kassen und die Baukrankenkassen weisen einen Rückgang auf, erstere von 600, letztere von 2000 Mitgliedern.

Die Zahl der Erkrankungsfälle mit Erwerbsunfähigkeit stellt sich auf 4.423.756 mit 87.444.005 Krankheitsstagen; auf ein Mitglied kamen durchschnittlich 0,38 Erkrankungsfälle und 7,43 Krankheitsstage, für die Krankengeld oder Krankenarbeitspflege gewährt wurde.

Die ordentlichen Einnahmen (Zinsen, Eintrittsgelder, Beiträge, Zuschüsse, Erschließungen, sonstige Einnahmen) abzüglich derer für die Invalidenversicherung betrugen 1.293.805.100, darunter Beiträge 1.276.664.612.

Die ordentlichen Ausgaben (Krankheitskosten, Erschließungen, zurückgezahlte Beiträge und Eintrittsgelder, Verwaltungsausgaben abzüglich derer für die Invalidenversicherung, sonstige Ausgaben) 1.264.236.035, welche sich verteilen auf:

Arztliche Behandlung	57293080
Arznei und sonstige Heilmittel	36021712
Krankengeld	104050883
Schwangerschaft und Wochenlohn	5061786
Erwerbslos	6521058
Krankenanstalten	32670074
Rechtsanwaltskosten	175111

Auf ein Mitglied kamen durchschnittlich 20,08 Krankheitskosten, gegen 19,05 im Vorjahre.

Die Verwaltungsausgaben abzüglich derer für die Invalidenversicherung betrugen 1.527.950, auf ein Mitglied durchschnittlich: bei den Ortskrankenkassen 1.201, bei den Innungskrankenkassen 1.240 und bei den Eingelichenen Kassen 1.235; bei den Betriebs- und Baukrankenkassen werden sie fast ganz von den Betriebsunternehmern, in der Gemeindekrankenkassenversicherung ganz von der Gemeinde getragen; bei allen Kassen überhaupt stellen sich die Verwaltungskosten auf ein Mitglied daher nur auf 1.134 durchschnittlich.

Das Gesamtvermögen betrug 230,2 Millionen Mark (im Vorjahre 203,0), wovon auf die Ortskrankenkassen 106,0, die Betriebskrankenkassen 97,1 und die Eingelichenen Kassen 18,5 Millionen Mark entfielen.

Verschiedenes.

* **Welches Satzzeichen ist hinter die Anrede in Briefen zu setzen?** Diese Frage wird jetzt öfter erörtert, weil man gegenwärtig häufiger als früher Briefe bekommt, in denen hinter der Anrede „Lieber Freund“, „Berehrter Herr“ statt des gewöhnlichen Ausdrucks „Sehr geehrter Herr“ (Komma) gesetzt ist. Man hat sogar darin eine Nachahmung englischer Sitte sehen wollen — aber die Franzosen setzen auch den Brief, und wir finden diesen Schreibgebrauch bei uns schon in einer Zeit, wo von einer Nachahmung englischer Sitte keine Rede sein konnte. Entschieden man aber nach der Briefanrede den Brief, so ergibt wieder die Frage, ob man den Brief mit einem großen oder kleinen Buchstaben beginnen soll. Auch in dieser Beziehung sind die Meinungen geteilt.

In einer der letzten Nummern der Zeitschrift des Allgemeinen Deutschen Sprachvereins untersucht Hermann Durrer auf Grund der reichen Briefsammlung der Kgl.

Bibliothek zu Dresden den Schreibgebrauch unserer besten Schriftsteller in dieser Hinsicht. Er kommt zu dem Ergebnis, daß die verschiedenen Schriftsteller verschiedene Verfahren, und daß oft dieselben Schriftsteller bald diese, bald jene Art befolgten. Daraus empfiehlt in feierlicher Briefrede nach altem Brauche das Ausdruckszeichen beizubehalten, dagegen in vertraulichem Briefverkehr nach dem Vorgange von Goethe, Schiller, Grimm, Wislizenus u. a. die Anrede nicht in üblicher Weise steif voranzustellen, sondern in den Brief selbst einzuflechten; dadurch werde der Brief, der doch das Gespräch von Mund zu Mund ersetzen soll, natürlicher und herzlicher. Für Postkarten, die doch meist nur sachliche Mitteilungen enthalten, empfiehlt er Weglassung der Anrede, wie es jetzt schon häufig geschieht; die Versicherung von Freundschaft und Verehrung sei auf einer offenen Karte wenig angebracht und nehme nur den Platz weg für wichtigere Mitteilungen. Am Schlusse des Auftrages wendet er sich gegen das in Deutschland leider noch immer nicht verdrängte Vorurteil, daß man briefliche Mitteilungen nicht mit Ja beginnen dürfe. Zur Verhütung ängstlicher Gemüter weist er nach, daß viele unserer besten Schriftsteller ihre Briefe ungeachtet mit Ja begannen, so Goethe, Schiller, Faust, von Liebig, Gerwinus, die Gebrüder Grimm, Wislizenus u. a.

(Erschienen des Allgemeinen Deutschen Sprachvereins.)

Eingegangene Schriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 46. Heft des 26. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Vorträge. Gast. — Guch de Manpantant als Gesellschaftsleiter. Von Charles Dumas (Paris). — Polenfrage und Sozialdemokratie. Von Julius Bruns I. — Gewerkschaftliche Jugendorganisation. Von Richard Seibel (Berlin). — Briefliche Mitteilungen. Von J. Karst. — Literarische Rundschau: Julius Deutscher, Geschichte der österreichischen Gewerkschaftsbewegung. Von Sigmund Raff. — Zeitgeschichte. — Bibliographie des Sozialismus. Aus dem Feuilleton Nr. 8: Eine Künstlertragödie. Von Heinrich Strödel. Friedrich Naumann. Von A. R. — Widerspruch: Friedrich Schlegel, Lucinde. Hermann Wang, Ludwigshöhe. Emil Witte, Aus einer deutschen Volksschule. — Leseblätter: Geistesgeschichte von Guido Weis.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolportage zum Preise von M. 3,25 pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf. Probennummern liegen jederzeit zur Verfügung.

Im Verlage der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, erschien soeben: Friedrich Engels, sein Leben, sein Wirken, seine Schriften. Von Karl Kautsky. Den weitaus größten Teil dieser Schrift hat Kautsky bereit 1887 niedergeschrieben als Engels starb. Zur Wiederkehr des Todesjahres Friedrich Engels am 5. August hat der Verfasser eine neue Auflage besorgt. Kautsky schildert den Verstorbenen als Mensch, als Theoretiker und als praktischen Parteimann. Engels und Marx standen an der Wiege der modernen sozialistischen Arbeiterbewegung und deshalb ist auch, was Kautsky in dieser Schrift sagt, eine lebhaftige Anregung für das Studium des Sozialismus; namentlich den jüngeren Genossen sei sie zum Studium empfohlen.

Die Schrift enthält ein Porträt des verstorbenen Vorwärtsers. Preis M. 1, Volksausgabe 40 Pf. Zu beziehen durch alle Parteibuchhandlungen und Kolportage.

Das Anklagematerial der kgl. Regierung gegen den Bürgermeister Dr. Lothar Schilling in Stuttgart. Herausgegeben von Dr. Walter Schilling, o. Professor der Rechte in Marburg. Buchverlag der „Stille“, G. m. b. H. Berlin-Schöneberg. Preis 25 Pf.

Von der kommunalen Praxis — Verlang Buchhandlung Vorwärts — sind die Hefte 30 und 31 erschienen. Jede Woche erscheint ein Heft. Abonnementspreis pro Quartal M. 3.

Die Neue Preussische Jagdordnung vom 17. Juli 1907 nebst Ausführungsbestimmungen. Amtliche Fassung. Verlag: S. Schwarz & Co., Berlin S. 14, Dresdenerstr. 80. Preis M. 1.

Von der illustrierten Romanbibliothek „In freien Stunden“ ist soeben der erste Band des Jahrgangs 1908 gebunden erschienen. Aus dem reichhaltigen Inhalt erwähnen wir besonders: „Das Einmal“, Roman von Leo Gladel, „Elgitz, das Fischerndorf“, Erzählung von Theodor Witzge, „Der schwarze Hans“, Erzählung von Wilhelm Meyer, „Steuermann Goldswort“, Erzählung von Carl Ruffell, und „Vater und Sohn“. Von J. N. Batopento. Außerdem enthält das von Künstlerhand illustrierte Werk zahlreiche Romane, Erzählungen und Humoresken.

Die Bände werden in Arbeiter-Bibliotheken sehr gern gelesen und sollten diese nicht veräumen, den vorliegenden Band anzufassen. Auch von früheren Jahrgängen sind noch einige Bände vorhanden, worüber das Schriftstellergesicht der Buchhandlung Vorwärts Auskunft gibt.

Der Preis ist: in Leinen gebunden M. 3,50, in Halbfarag M. 4. Alle Parteibuchhandlungen und Kolportage liefern das Werk.

Der „Süddeutsche Postillon“ Nr. 17 widmet seine zweite Seite dem wackeren Sohn der heiteren Pfalz Franz Josef Gerhart mit Bild und Nachruf. Die vier Farbensbilder gerufen die Herzen der Tagespolitiker; das erste „Die neue heilige Allianz“, das zweite „1908 im Zeichen des Meines“, das dritte von kleinen Kritiken und Splitteln füllen die empfehlenswerte Nummer, die beinahe 10 Pf. kostet.

Vom „Wahren Jacob“ ist die 17. Nummer des 26. Jahrgangs erschienen. Aus ihrem Inhalt erwähnen wir die beiden farbigen Bilder „Die beiden Wanderer“ und „Der wiserpöndliche Geiz“ und außer zahlreichen kleineren Beiträgen noch die größeren Feuilletons „Briefwechsel des Schaks von Persien mit dem Jaren von Russland“, „Der Kompromißler im Himmel“ und die Humoreske „Die Weltkugelvilla“ von Leon Kolly. Der Preis der 16 Seiten starken Nummer ist 10 Pf.

Briefkasten.

* Mehrere am Dienstag Morgen eingegangene Berichte mußten wegen Raummangels zurückgestellt werden.

Weimar, Sp. Die Berechnung des Durchschnittslohnes ist falsch; er beträgt nicht 42, sondern 44 2/3 Pf.

A. M. 99. Da ein rechtsgültiger Kaufkontrakt vorliegt, muß die Nähmaschine abgenommen und bezahlt werden. Weigerer der Käufer sich dessen, so wird der Verkäufer jedenfalls Klage anstrengen und den Prozeß gewinnen. Die Nähmaschine würde in diesem Falle aber ein sehr teures Instrument werden, da der unterliegende Teil (der Käufer) auch noch die Prozeßkosten zu tragen hätte.

Dresden, F. S. Send die Deine Adresse an den Verbandsvorstand, damit Dir briefliche Auskunft gegeben werden kann.

Anzeigen.

Anzeigen werden nur durch Vermittlung der Zweigvereins- bezw. Bezirks- oder Sektionsvorstände angenommen. Geschäftsanzeigen sind ausgeschlossen.

Sterbetafel.

(Unter dieser Rubrik veröffentlichten wir alle Todesfälle der Verbandsmitglieder, von denen und innerhalb einer Woche nach erfolgtem Ableben Mitteilung gemacht wird. Die Seite kostet 16 Pf.)

Berlin. (Sektion der Bager.) Am 11. August starb unser Kollege Franz Kuhring im Alter von 55 Jahren an Lungenemphysem.

Brühl. Am 11. August starb unser treuer Kollege und erster Vorsitzender des Zweigvereins Karl Schüller im Alter von 32 Jahren an Herzschlag.

Cöln. Johanna S. 13. Am 11. August starb infolge Speiseröhrenverengung der Kollege Heinrich Esser im Alter von 56 Jahren.

Eintrich. Am 5. August schied unser Verbandsmitglied Heinrich Jäger im Alter von 57 Jahren freiwillig aus dem Leben.

Glogau. Am 11. August starb unser langjähriger Mitglied Heinrich Jenthe, der Mitgründer unseres Zweigvereins.

Holzminden. Am 14. August starb unser Ehrenmitglied K. Bohnert im Alter von 71 Jahren an Bronchialkatarrh.

Süttrode. Am 9. August starb infolge eines Unfalls unseres Verbandsmitglied Richard Volkmann im Alter von 31 Jahren.

Remden. Am 29. Juli starb unser Verbandskollege Karl Wegener aus Grünrade an den Folgen einer Operation in Frankfurt a. M. Er war 37 Jahre alt.

Am 10. August starb unser Verbandskollege Karl Reichard aus Darmstadt im Alter von 50 Jahren an Schwindel.

Ronneburg. Am 3. August starb unser Kollege Otto Tänzler im Alter von 42 Jahren an Lungenleiden.

Mühlh. Am 10. August starb unser Verbandsmitglied Eduard Firnstall aus Gumbach im Alter von 40 Jahren an Lungenleiden.

St. Johann-St. Ingbert. Am 8. August starb unser Kollege August Storke aus Queidersbach im Alter von 25 Jahren.

Stuttgart. Am 5. August starb in Glaschütte unser treuer Kollege Johannes Auch nach kurzem Leben im Alter von 38 Jahren an Lungenentzündung.

Am 13. August starb unser langjähriger Verbandskollege Christ. Hummel von Baunang im Alter von 48 Jahren an der Prostataerkrankheit.

Ehre ihrem Andenken!

Beleidigungszurücknahme.

(Zur Erfüllung eines vor Gericht geschlossenen Vergleichs.)

Ich nehme hiermit die beleidigenden Äußerungen und Verdächtigungen, die ich gegen den Vorsitzenden des Mannereverbandes Franz Berl in Offenburg getan habe, bereuend zurück.

Josef Huck, Mannereverwalter.

Otto Breese, geb. 5. Oktober 1887, wird gebeten, seine Adresse nach Warnemünde, Alexandrinenstraße 73, zu senden.

Der Kollege Albert Altner, geboren zu Leida bei Halle a. d. S., Verbands-Nr. 25 053, wird ersucht, seine Adresse an seinen Vater gelangen zu lassen. Kollegen, denen der Aufenthalt Altners bekannt ist, mögen dies dem Zweigverein Halle an der Saale melden.

Ernst Trampe, geboren zu Bielefeld bei Frankfurt a. d. O., wird vom Zweigverein Sondersburg gesucht. Nachrichten an Gustav Wittchow, Sondersburg, Goethestraße 20.

Johann Paul Danker, geboren am 29. September 1887 zu Michaelsteden, eingetretten am 13. April 1906 zu Warne, Verbands-Nr. 115 789, wird von seinen Eltern wegen dringender Familienangelegenheiten um Angabe seiner Adresse gebeten.

Borna i. Sachsen.

Donnerstag, den 30. August, nachm. 3 Uhr:

Neuntes Stiftungsfest

bestehend in

Konzert und Ball, Volks- und Kinderbelustigungen.

Die Kollegen von Borna und Umgegend sowie die der umliegenden Zweigvereine sind hierdurch freundlichst eingeladen.

[M. 3,30] Das Festkomitee.

Weimar. Die Adresse des ersten Vorsitzenden ist: Philipp Kleinhaus, Museumsplatz 2, 3. Et.

Elbing.

Donnerstag, den 30. August, nachm. 3 Uhr:

Neuntes Stiftungsfest

im „Pereinsgarten“

mit Konzert und Ball, Gartenbelustigungen aller Art.

Alle Kollegen aus Elbing und Umgegend sind freundlichst eingeladen.

[M. 3] Der Vorstand.

Gelsenkirchen.

Donnerstag, den 30. August, nachm. 4 Uhr:

Neuntes Stiftungsfest

im Lokale Ingenhaag, Hochstr. 1,

bestehend in Konzert, Gesangs- und komischen Vorträgen, Feste und Ball.

Sämtliche Mitglieder nebst Familien sowie die der umliegenden Zahlstellen werden ergebenst eingeladen.

Eintritt für Mitglieder 50 Pf.

[M. 4,20] Das Festkomitee.

Glogau.

Donnerstag, den 5. September 1908:

Neuntes Stiftungsfest

im Gasthof „Zum grünen Baum“,

bestehend in komischen Vorträgen, Verlosung und Ball.

Die Kollegen von Glogau und Umgegend sind hierzu herzlich eingeladen.

[M. 3,60] Das Komitee.

Lochau.

Donnerstag, den 23. August, abends 7 Uhr:

Sommerversnügen

im Gasthaus „Zur deutschen Krone“ in Mahuth.

[M. 2,40] Der Vorstand.

Schnelsen.

Donnerstag, den 23. August 1908:

Sommerversnügen

im Lokale des Herrn R. Reineke, Schnelsen,

verbunden mit Preisfischen und Tombola.

Hierzu ladet alle Kollegen freundlichst ein.

[M. 3,60] Das Festkomitee.

Walsrode.

Donnerstag, den 23. August 1908:

Stiftungsfest

im Lokale des Gastwirts K. Hahn.

Alle Kollegen von Walsrode und Umgegend laden wir hiermit freundlichst ein.

[M. 2,70] Der Vorstand.

Zehdenick.

Donnerstag, den 29. August, abends 8 Uhr:

Feier des zehnjährigen Bestehens

des Zweigvereins im Lokale des Herrn Buchholz,

mit Konzert, Vorträgen und anschließendem Tanz.

Alle Kollegen des Zweigvereins werden hierdurch freundlichst eingeladen.

[M. 3] Das Komitee.

Veranstaltungs-Anzeiger.

Die Verbandskollegen werden dringend gebeten, alle Veranstaltungen zu besuchen.

Verbandsversammlungen der Mannere.

Donnerstag, den 23. August:

Borghorst. Vorm. 11 Uhr bei Fräulein Meer in Burg Reinfort. Referent ist anwesend.

Velten. Bei August Paris.

Dienstag, den 25. August.

Cunnersdorf i. Riesengebiet. Wichtige Tagesordnung.

Liegnitz. Abends 7 Uhr im Gewerkschaftshaus. Wichtige Tagesordnung!

Donnerstag, den 27. August.

Pinneberg. Abends 8 1/2 Uhr bei Rebowitz.

Donnerstag, den 30. August.

Döbeln. Nachm. 3 Uhr im Restaurant „Müllerstraße“. Mitgliedsbuch mitbringen!

Düchelsdorf. Nachm. 3 Uhr bei Dahme. Mitgliedsbücher sind mitzubringen!

Unterwiesbach. Nachm. 3 Uhr in Welschbach im Lokal „Zur Sonne“. Referent ist anwesend. Mitgliedsbücher mitbringen!

Donnerstag, den 6. September.

Albnitz. Nachm. 4 Uhr bei Votenberg. Tagesordnung wichtig! Mitgliedsbücher mitbringen!

Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg.